Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg.“ gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 83. Halle, Donnerstag, den 19. Februar 1914.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 18. Februar.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Präsident Graf **v. Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

(9. Tag. Einzelberatung.)

Beim Kapitel „Landrätliche Behörden und Aemter“ liegt vor der Antrag des

Abg. Dr. von Campe (Natl.), der die Regierung ersucht, in erhöhtem Maße und schleuniger als bisher eine Verstaatlichung der Bureaus der Landratsämter vorzunehmen.

Ferner der Antrag der Abgg. Grafen v. d. Groeben (Konf.), Lippmann (Stettin, Vp.), Dr. Rewoldt (Freikonf.) usw., durch den die Regierung aufgefordert wird, baldmöglichst durch Vorlage eines Gesetzes der Frage der Regelung der Stadtrezesse der neuvorpommerschen Städte näherzutreten.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.)

begründet seinen Antrag. Der Antrag hat dies Haus schon wiederholt beschäftigt, ich habe ihn jedoch wieder eingebracht, weil die Sache wirklich etwas beschleunigt werden muß. Wenn auch die Zahl der Kreisassistenten in den letzten Jahren vergrößert ist, so genügt dies doch noch lange nicht. Der Kreis der Geschäfte der Landratsämter wächst ständig, und es geht doch nicht an, daß amtliche Geschäfte von Personen ausgeführt werden, die keinerlei amtliche Qualitäten besitzen. Ferner kommt dazu, daß die jungen Leute auf den Landratsämtern häufig wechseln, weil sie anderswo bessere Stellungen bekommen können. Daß dies nicht im Interesse der Landratsämter ist, liegt auf der Hand. Den Landräten und Kreissekretären ist es auch nicht erwünscht, wenn sie immer neue Leute ausbilden müssen.

Abg. Richtarsky (Zentr.)

klagt über mangelnde Parität bei der Anstellung von Landräten und Amtsvorstehern.

Minister des Innern v. Dallwitz:

Konfessionelle Momente spielen bei der Anstellung von Beamten keine Rolle. Es ist daher nicht richtig, daß bei der Besetzung der Amtsvorsteherstellen die Angehörigen des Zentrums ausgeschaltet werden.

Abg. v. Bockelberg (Konf.):

Wir sind gegen den nationalliberalen Antrag. Seine Annahme würde lediglich zu einer Vermehrung der Beamten in den Landratsämtern führen. Gewisse Mißstände bestehen allerdings. Deshalb werden wir uns der Verweisung des Antrages an eine Kommission nicht widersetzen.

Abg. Dr. v. Woyna (Freikonf.).

Die Anstellung von Landräten ist dem König vorbehalten. Es unterliegt der freien Entschließung der Regierung, ob sie dem Vorschlagsrecht des Kreises nachkommen will oder nicht. Die Paritätsbeschwerden des Abg. Richtarsky sind unbegründet. Die Nationalliberalen stellen immer ganz nette Anträge, überdenken sie aber nicht bis in die letzten Konsequenzen. So war es z. B. bei dem Antrag Schiffer betr. die Aufhebung von Polizeivorschriften, so ist es auch bei diesem Antrag. Jetzt werden oft auf den Landratsämtern junge Leute beschäftigt, die nur Volksschulbildung haben und die sich sehr gut machen, wie ich selbst aus langer Erfahrung weiß. Würden wir den Antrag v. Campe annehmen, so würde dies nicht mehr möglich sein. Ich glaube daher, es ist im Interesse des sozialen Aufstiegs besser, wenn wir es bei dem jetzigen System belassen. Eine Verstaatlichung der Landratsämter würde zudem erhebliche Kosten verursachen. Die Landräte sind jetzt vielfach überlastet, die Ausführungsbestimmungen über den Wehrbeitrag kommen viel zu spät. Ich möchte bitten, daß solche wichtige Sachen in Zukunft doch etwas früher erledigt werden.

Minister von Dallwitz:

Die Absicht, eine größere Anzahl von Kreisassistenten anzustellen, ist nur aufgeschoben, nicht fallen gelassen worden. Der Antrag des Abg. Dr. von Campe muß in dieser Fassung Bedenken erregen, schon wegen der finanziellen Folgen. Ferner ist die Beschäftigung auf den Landratsämtern nicht immer gleich, der Umfang der Arbeiten schwankt oft und ist von der Jahreszeit abhängig. Daher können nicht nur Beamten angestellt werden.

Abg. Wenke (Vp.):

Wir werden dem Antrag des Abg. Dr. von Campe zustimmen. Denn wir meinen, daß die Anstellung der jungen Leute auf den Landratsämtern dringend der Reform bedarf. Leider stellt sich ein Teil der Landräte und Amtsvorsteher, namentlich im Osten, in den Dienst der konservativen Sache. Im Vorjahre hat der Minister mir bei meinen Ausführungen Sensationsbedürfnis vorgeworfen. Dem muß ich entschieden widersprechen. Herr Dr. Hahn hat das auf der Versammlung des Bundes der Landwirte selbst gutgeheißen. Auch in diesem Jahre muß ich wieder einige Fälle vortragen; aber ich bin keine Sammelstelle für ganz Preußen und beschränke mich auf meine Heimat Schlesien. Im Wahlkreise Sagan-Sprottau wurden konservative Wahlbureaus in den Landratsämtern eingerichtet. Hoffentlich trifft Herr v. Dallwitz Anordnung, daß die Landratsämter nicht mehr zur Wahlagitation gemißbraucht werden dürfen. Ob das allerdings etwas nützen wird, möchte ich bezweifeln. Haben wir es doch erlebt, daß ein Landrat, der einen Wahlprotest verhindern wollte, und demgegenüber auf das Gesetz verwiesen wurde, erklärte: „Was das Gesetz bestimmt, ist mir gleichgültig. Hier bestimme ich!“ (Hört! Hört! links.)

In alles mögliche mischen sich die Herren Landräte hinein: in die Angelegenheiten der Presse, in die Geschäfte der Gastwirte usw. Sie sind meist gegen die Eingemeindungen, mögen sie noch so sehr im Interesse der Gemeinden geboten sein. Sie versuchen, Stadt- und Landgemeinden gegen den Willen der Städte zu Zwangszweckverbänden zusammenzuschließen. Ueber die Bestimmungen des Reichsversicherungsgesetzes setzen sich die Landräte und Amtsvorsteher vielfach hinweg. Die Behandlung des Publikums durch die Behörden läßt immer noch zu wünschen übrig. Man kann doch wohl verlangen, daß man auf seine Beschwerden eine Antwort bekommt. Der Minister hat allerdings erklärt, daß die Behörden zu einer Antwort nicht verpflichtet sind. Eine Aenderung wäre hier wohl am Platze. (Beifall links.)

Abg. v. Trampczynski (Pole)

kommt nochmals auf die Angelegenheit der dem Ostmarkenverein gestohlenen Briefe zurück. Herr v. Kardorff hat sich neulich über den Ton der Rede des Abg. Marx beschwert. Seine Behauptung, daß die Briefe dem Ostmarkenverein auf niederträchtige und gemeine Weise gestohlen seien, entstammt dem Wortschatze der Markt- und Waschweiber. Auch Friedrich der Große hat sich vor Ausbruch des siebenjährigen Krieges geheime Abschriften von sächsischen und österreichischen Aktien verschafft. (Vizepräsident Dr. v. Krause ruft den Redner zur Sache.) Die Landwirte dürfen nicht mehr Mitglieder des Ostmarkenvereins sein. Bei den Wahlen in Schwetz ist man ganz unglaublich vorgegangen: so hat man hunderte von Wahlzetteln kassiert, weil der Name v. Soß-Jaworski mit einem „s“ geschrieben war. Allerdings ist vom Minister nichts zu erwarten. Das Ministerium ist ja nur eine Filiale des Ostmarkenvereins. (Beifall b. d. Polen.)

Abg. Leinert (Soz.):

Dem Antrage v. Campe stimmen wir zu. Die Gehälter der Beamten der Bundesratsämter sind vielfach unglaublich niedrig. In Lötzen (Ostpr.) schrieb ein Landrat die Stelle mit 20 Mark monatlich aus. Darf ein Kreissekretär oder Kreisversicherungssekretär den Vorsitz im Versicherungsamt führen? Er würde dann ja stets in eigener Sache urteilen. Auch der Landrat ist als Vorsitzender des Versicherungsamtes Richter in eigener Sache, da er zugleich Vorsitzender der Sektion der ländlichen Berufsgenossenschaft ist. Eine Trennung der Versicherungsämter von den Landratsämtern ist unbedingt geboten. — Wollte ich zum Thema „Landratsämter und Vereins- und Versammlungsrecht“ alle mir bekannten Fälle anführen, so müßte ich mindestens so lange reden, wie Abg. Hoffmann bei der allgemeinen Besprechung. Der Minister ist ganz ohnmächtig gegenüber der Anwendung des Vereinsgesetzes durch die Landräte. Alle sozialdemokratischen Vereine sind der maßlosen Verfolgung durch den Landrat und den Gendarmen ausgesetzt. Selbst Gesangsunterricht dürfen die Kinder von Sozialdemokraten nicht nehmen.

Ganz besonders richtet sich die Tätigkeit der Landräte gegen den Landarbeiter-Verband. Der Redner führt eine Anzahl von Fällen an, in denen Landwirte und Amtsvorsteher gegen sozialdemokratische Versammlungen eingeschritten sind. Wir protestieren dagegen, daß unsre Vereine zu Versuchsobjekten von Landräten und Polizeibeamten gemacht werden. Man geht geradezu darauf aus, uns zu schikanieren. Es ist eine wahre Schande, wie das Vereinsgesetz von den Landräten auf den Kopf gestellt wird. Auch der Terror in seiner schroffsten Form wird von Landräten und Amtsvorstehern gegen uns angewandt. So mußte ein Buchdrucker in Ahlbeck seinen Betriebsleiter, der Sozialdemokrat war, entlassen, weil er sonst keine amtlichen Aufträge erhalten hätte. Wenn das Gesinde auf dem Lande eine Klage gegen den Gutsbesitzer hat, bekommt es immer unrecht, wird jedoch auf bloße Behauptungen des Gutsbesitzers hier immer scharf bestraft. Das Gesinde wird völlig ungesetzlich behandelt, die Behörden scheinen zu meinen, daß der gegenwärtige Zustand historisch geworden ist und aufrecht erhalten werden muß. Wenn die Landwirte fortgesetzt so das Gesetz mit Füßen treten, so wird das nur uns zu gute kommen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Goßler (Konf.):

Wie im Vorjahre, so muß ich auch jetzt die Angriffe der Linken gegen die Landwirte zurückweisen. Ich tue das nicht ungern, denn ich habe das Gefühl, daß ich dabei auf dem rechten Wege bin. Auf all die unbewiesenen Anklagen des Vorredners kann ich natürlich nicht eingehen, sonst müßte ich stundenlang reden. Auch Herr Wenke hat im ganzen nur einige wenige Fälle vorgebracht. Den Nachweis, daß der Landrat das konservative Wahlbureau im Landratsamt eingerichtet hat, hat Herr Wenke nicht erbracht. Es kann ja auch der Kreisausschußsekretär gewesen sein. Auch hat der Landrat in Schlesien sich nicht so ausgedrückt, wie Herr Wenke meinte, er hat nur darauf hingewiesen, daß in dem Falle, um den es sich handle, nach dem Gesetze ihm die Entscheidung zustände. Ferner hat ein Landrat sich keineswegs, wie Herr Wenke sagte, in die Geschäfte der Gastwirte eingemischt. Er hat nur, was durchaus innerhalb seiner Befugnisse war, die Antialkoholbewegung gefördert. Von all den Angriffen gegen die Landräte bleibt nichts übrig, die Tätigkeit der Landräte ist durchaus einwandsfrei.

Der Einfluß der Landräte ist das Produkt des Vertrauens, das die Kreiseingesessenen zu ihnen haben. Den Beweis eines Mißbrauches ihrer Amtsgewalt sind Sie (nach links) uns schuldig geblieben. Was würden wohl die Herren auf der Linken sagen, wenn sich ein preußischer Minister so als Konservativer bekennen würde, wie neulich in Baden Minister von Bodmann als Nationalliberaler. Die einzigen, die Grund haben, sich über die Landräte zu beklagen, sind die Sozialdemokraten. (Hört, hört! links.) Nicht, weil die Landräte konservative, sondern weil sie vaterländische Politik machen, weil sie die Interessen der Monarchie gegenüber der Demokratie vertreten, mag es sich nun um die radikale oder die revolutionäre Demokratie handeln. Daher lassen wir an der Einrichtung der Landräte nicht rütteln. (Beifall rechts.)

Der Antrag v. d. Groeben (Konf.) wird einstweilen zurückgestellt bis zum Kapitel „Polizeiverwaltungen in den Provinzen“.

Abg. Dr. Hagemeister (Natl.):

Wir haben jetzt eine Reihe verschiedener Landgemeindeordnungen. Einzelne größere Gemeinden sehnen sich nach einer freieren Gemeindeordnung, da die bisherige zu ihnen paßt, wie der Anzug eines Knaben zu einem erwachsenen Manne. Die Zahl der Gemeindevertreter muß nach der Zahl der Einwohner erhöht werden. Die Wahlvorschriften bedürfen dringend der Reform. Hoffentlich wird uns bald eine Novelle zu den Landgemeindeordnungen zugehen. Das Kommunalabgabengesetz hat die schwierige finanzielle Lage der mittleren und kleinen Städte anerkannt. Besonders schwierig ist auch die Stellung der nicht kreisfreien Städte über 10 000 Einwohner, die gewissermaßen dem Landrate unterstehen.

Vizepräsident Dr. **von Krause** rügt den Abg. v. Trampczynski wegen des Ausdrucks, daß die Worte des Abg. v. Kardorff dem Wortschatze der Waschweiber entnommen seien.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Landratsämter wird angenommen.

Abg. **v. Kardorff** (Freikonf.) [persönlich]: Ich habe Herrn Korfanty schon privatim mitgeteilt, daß ich bei meinen Ausführungen über den Diebstahl der Briefe des Ostmarkenvereins nicht die Herren der polnischen Fraktion persönlich gemeint habe. Wenn sie sich trotzdem getroffen fühlen, so läßt das tief blicken.

Abg. **Korfanty** (Pole) [persönlich]: Herr v. Kardorff hat mir auf meine Fragen nur mitgeteilt, daß er mich mit seiner Bemerkung nicht gemeint habe. Ueber die polnische Fraktion hat er sich überhaupt nicht ausgesprochen. Wenn er sich so herausreden will, so steht das im Widerspruch mit dem, was man allgemein Wahrheit nennt.

Abg. **Wenke** (Vp.) [persönlich]: Die Rede des Herrn v. Goßler hat meine Ausführungen durchaus nicht entkräften können. Der Schluß der Debatte hindert mich aber, nochmals auf die Debatte einzugehen.

Abg. **v. Kardorff** (Fk.) [persönlich]: In Zukunft werde ich mit Herrn Korfanty überhaupt nicht mehr oder nur vor Zeugen reden. Ich habe damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß es mir fern gelegen hat, Mitgliedern der polnischen Fraktion den Vorwurf des Diebstahls zu machen.

Abg. **Korfanty** (Pole) [persönlich]: Herr v. Kardorff hat lediglich in Abrede gestellt, daß er mich mit dem Ausdrucke gemeint habe. Von der polnischen Fraktion ist überhaupt nicht gesprochen worden.

Vizepräsident Dr. **v. Krause**: Herr v. Kardorff hat seine Stellungnahme gegenüber der polnischen Fraktion doch schon festgestellt.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole): Mir war von der Unterredung zwischen Herrn v. Kardorff und Herrn Korfanty nichts bekannt. Sie ändert auch nichts an dem Wortlaut des Stenogramms, in dem dieser Vorwurf gegen unsere Fraktion ganz klar enthalten ist.

Vizepräsident Dr. **v. Krause**: Ich selbst habe diese Insinuation aus den Worten des Herrn v. Kardorff nicht herausgehört, die Sache dürfte doch nach der Erklärung des Herrn als erledigt zu betrachten sein.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole): Mit den „Herren“, die sich des Diebstahls mitschuldig gemacht haben sollen, konnte nur die polnische Fraktion gemeint sein, im übrigen sagt ja auch sein Ausdruck: „Das läßt tief blicken“, schon genug.

Der Antrag v. Campe wird an die **Budgetkommission** verwiesen.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung von Berlin und Umgegend“ liegt ein Antrag der Abgg. Freiherr v. Schenk zu Schweinsberg (Konf.), Vorster (Fk.), Dr. Dittrich-Braunsberg (Zentr.) und Dr. Schröder-Cassel (Natl.) vor,

die nachgeordneten Behörden anzuweisen, mit allen gesetzlichen Mitteln die zunehmende Unsittlichkeit hauptsächlich in den Großstädten zu bekämpfen und so der Gefahr vorzubeugen, welcher die Jugend körperlich und seelisch ausgesetzt ist.

Dazu ist weiter erforderlich:

a) bei dem Bundesrat darauf hinzuwirken, daß durch Aenderung der bestehenden Gesetze, in erster Linie der Gewerbeordnung, den Verwaltungsbehörden geeignetere Unterlagen zur Unterdrückung der Animierkneipen, Bars, Kabaretts, Rummelplätze und ähnlicher Schankstätten und Schaustellungen gegeben werden, insoweit sie der Unsittlichkeit Vorschub leisten;

b) daß von der Regierung baldigst ein besonderes Kinemato- als bisher Gebrauch gemacht werde.

c) inzwischen von den bestehenden Bestimmungen, insbesondere durch Verkürzung der Polizeistunden, nachdrücklicher als bisher Gebrauch gemacht werden.

Ein Antrag Aronsohn (Vp.) verlangt, daß die gesetzlich zulässigen Vereinigungen von Beamten nicht gehindert und insbesondere der Vereinigung Berliner Schutzmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Abg. Schenk zu Schweinsberg (Konf.)

begründet seinen Antrag. Es ist unbedingt nötig, daß etwas gegen die immer mehr um sich greifende Unsittlichkeit, namentlich in den Großstädten geschieht. Das Wort „Leben und leben lassen“ ist allmählich ausgeartet in „Ausleben und ausleben lassen“, d. h. nichts anderes, als: Leben wie das liebe Vieh! Der Mensch ist aber nach dem Ebenbild Gottes geschaffen, und muß sich danach benehmen. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, werden die Schmutzfluten alles überschwemmen. Der Rückgang der Geburten, mögen syphilitische Krankheitserreger oder Antikonzeptionsmittel ihn verschulden, ist ein Menetekel. Eine blühende Krankenkasse, die hunderttausende von Reserven hatte, ging zu Grunde, als auch die Geschlechtskrankheiten mitbehandelt werden mußten, nur weil die Gonorrhoe zuviel Unkosten verursachte. Berlin hat von den Weltstädten das größte Nachtleben. „Berlin bei Nacht“ ist ein Reklamewort, das die Provinzialen hierherlocken soll, um sich auszuleben und hier ihr Geld zu lassen. Berlin bei Nacht, angeblich ein Stern erster Größe, ist der dunkelste Fleck in Preußen und dem Deutschen Reiche. Die Prostitution schwillt immer mehr an. Die modernen Tanzformen begünstigen ihr Anwachsen.

Es ist eine weitverbreitete Ansicht, daß die Armee die Geschlechtskrankheiten weit verbreite. Dies ist aber falsch, wie die Statistik ergibt. In Berlin trugen zu den Geschlechtskranken die Soldaten nur 4 Proz. bei, die Studenten aber 25 Proz. Der Höhepunkt des Schmutzes ist noch nicht eingetreten, es wird noch immer schlimmer werden. Alle Parteien haben ein Interesse daran, daß unsere Jugend nicht sittlich verdorben wird. In den Straßen Berlins werden Zettel verteilt, die das Höchste an Unsittlichkeit darstellen; ich lege solche Zettel auf den Tisch des Hauses nieder. In den Großstädten wird die Jugend verdorben in den Kabaretts, den Tanzlokalen und den Animierkneipen. Wenn dagegen eingeschritten wird, ertönt sofort der Schrei von polizeilicher Willkür und Bedrohung des Gewerbes. Das ehrliche Gewerbe hat aber keinen Anlaß, für diese Betriebe einzutreten. Viel Schuld an der Lockerung der Sitten hat auch der Kinematograph. Das Verständnis für die sittliche Kraft der Entsagung und des Gehorsams geht verloren. Wohlleben ist das Hauptziel aller. Jedermann muß an der Gesundung des Volkes mitarbeiten, die Polizei in äußeren Dingen, die Bevölkerung im Geist, mit Worten und Werken. (Beifall rechts.)

Abg. Vorster (Freikonf.)

Dem Vorredner danke ich für die ausführliche Begründung unseres Antrages. Das sogenannte Nachtleben in Berlin muß durch Verkürzung der Polizeistunde eingeschränkt werden. Das Programm ist ja jetzt recht reichhaltig: 8 bis 11 Uhr: Theater; 11 bis 2 Uhr: Wein- oder Tanzlokale; 2 bis 4 Uhr: Bars; 4 bis 6 Uhr: Nachtlokale. Meist tragen diese, wie das „Palais de Dance“, das ja das schönste Lokal der Welt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140219017/fragment/page=0001

sein soll, ausländische Namen. Die Besucherinnen zeichnen sich häufig mehr durch Alter und Schminke, als durch Jugend und Schönheit aus. Man sagt nun: Berlin ist Weltstadt; wir müssen Rücksicht auf die Fremden nehmen! Aber in London werden um 12 Uhr alle Lokale geschlossen. Man hat dort auf einmal sämtliche öffentliche Ballokale geschlossen. Auch in Paris schließen die großen Lokale, abgesehen vom Montmartre, um 1 Uhr. Und sollen wir uns am Seinebabel ein Muster nehmen? Ueberschreitung der Polizeistunde solle nur bei Bejahung der Bedürfnisfrage vorkommen.

Die Zahl der Lokale, die bis 4 oder 6 Uhr nachts offen sind, ist aber außerordentlich groß. Da kann man der Polizei nicht den Vorwurf übergroßer Milde ersparen. Der jetzige Ministerpräsident hat als Minister des Innern seinerzeit bei Gelegenheit der Rede des Herrn v. Schuckmann scharfe Maßnahmen in Aussicht gestellt. Aber geschehen ist nichts! Ich will hier nicht als Moralredner auftreten. Lediglich das Wohl der Jugend leitet mich bei meinen Ausführungen. Wer das Nachtleben kennt, weiß, welche Verwüstungen es unter unserer Jugend anrichtet. Alle großen Parteien haben sich für den Antrag ausgesprochen, und ich hoffe, daß auch die Linke sich dem Antrage anschließt. (Beifall.)

Abg. Dr. Dittrich (Zentr.):

Auch ich habe den Antrag mit unterschrieben, ich habe das gern getan und hoffe, daß der Antrag einstimmig angenommen wird, zur Gesundung unsres Volkes.

Abg. Schröder-Kassel (Natl.):

Ein Nachtleben wie in Berlin gibt es in keiner ausländischen Großstadt. Leider ist es aber nicht nur so in Groß-Berlin, sondern auch schon in Vorortgemeinden, Mittelstädten und in Kleinstädten. Deshalb ist es unbedingt nötig, daß seitens der Regierung etwas geschieht. Man kann vielleicht sagen, daß der Antrag zu weit geht, aber dies ist nicht der Fall, denn in dem Antrag steht ausdrücklich, daß diese Maßnahmen nur dann eintreten sollen, wenn es sich darum handelt, Dinge zu bekämpfen, die „der Unsittlichkeit Vorschub leisten". Unbedingt nötig ist ein Kinematographen-Gesetz. Bedenklich ist auch, daß die Zensur nur in Berlin ausgeübt wird. Was für Berlin paßt, paßt aber noch nicht für die Provinz. Es muß daher die Möglichkeit offen stehen, daß auch in den Provinzen die Zensur nochmals an den Theaterstücken vorgenommen wird. Ferner verlangen wir eine Verkürzung der Polizeistunde. (Beifall b. d. Natl.)

Minister des Innern v. Dallwitz:

Die Ausführungen der Vorredner entsprechen im wesentlichen durchaus den Anschauungen, die sich die Regierung auf Grund der Entwicklung der letzten Jahrzehnte gebildet hat. Einer alsbaldigen Zurücknahme der Verlängerung der Polizeistunde, wie sie jetzt gewährt worden ist, steht leider die Judikatur des Oberverwaltungsgerichtes entgegen, welches ausdrücklich ausgeführt hat, daß eine einmal gewährte Verlängerung der Polizeistunde nur auf Grund objektiv erkennbarer polizeilicher Gründe zurückgenommen und verkürzt werden kann. Es ist aber erneut darauf hingewiesen worden, daß mit aller Energie auf die Abkürzung der Polizeistunde in den Fällen, wo Ausnahmen gewährt worden sind, hingewirkt werden müsse. Tatsächlich ist auch schon die Zahl dieser Nachtlokale nicht unwesentlich verringert worden. Ich werde diesem Punkt auch weiterhin meine Aufmerksamkeit zuwenden, und hoffe, in noch etwas rascherem Tempo als bisher eine Einschränkung der Nachtlokale herbeiführen zu können. Ausnahmen werden nur zugelassen aus besonderen Gründen, namentlich aus Gründen des Verkehrs. Es ist richtig, daß die Animierkneipen als solche überhaupt verschwinden müssen. Allerdings darf man die in gewissen Gegenden üblichen, durchaus anständigen Gastwirtschaften nicht treffen.

Tatsächlich ist infolge schärferer Beobachtungen und Kontrolle der Animierkneipen ihre Zahl außerordentlich zurückgegangen. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen war es nicht möglich, in noch weitergehendem Maße als bisher gegen sie vorzugehen. Im Bundesrat ist ein Gesetzentwurf zur Beratung gekommen, der eine Abänderung der Gewerbeordnung nach der Richtung hin vorsieht, daß die Einzelstaaten mehr als bisher eine Kontrolle bei Zulassung von weiblichem Bedienungspersonal im Interesse der Gesundheit, des Anstandes und der guten Sitten erhalten sollen. Wird dieser Entwurf Gesetz, so dürfte es möglich sein, die Animierkneipen gänzlich zu beseitigen. (Beifall.) Mit der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes auf dem Gebiet der Zensur der Kinematographentheater können wir durchaus im allgemeinen zufrieden sein. Das Oberverwaltungsgericht hat ausdrücklich erklärt, daß die Polizei auf Grund der Bestimmungen des allgemeinen Landrechtes zur Ausübung einer solchen Zensur im öffentlichen Interesse berechtigt und verpflichtet sei. Es ist nicht richtig, daß in Berlin von der Zensur zugelassene Films nun auch ohne weiteres in der Provinz aufgeführt werden dürfen; vielmehr findet in sehr weitgehendem Maße in der Provinz eine Nachprüfung in Berlin bereits genehmigter Films statt. Sollten die bestehenden Vorschriften nicht genügen, so würden wir allerdings um Erlaß eines Spezialgesetzes nicht herumkommen. Wir müssen aber erst weitere Erfahrungen abwarten.

Ferner ist im Reiche gleichfalls ein Gesetz fertiggestellt worden, welches die Möglichkeit bietet, die Errichtung von Kinematographentheatern von der Konzession abhängig zu machen. Die Erteilung der Konzession soll nur im Bedürfnisfalle erfolgen dürfen. Auch dieser Entwurf bietet, wenn er Gesetz werden sollte, eine Handhabe, um dem Ueberhandnehmen nicht empfehlenswerter Kinematographentheater entgegenzuwirken.

Abg. Kanzow (Vp.):

Meine politischen Freunde haben den Antrag nicht unterschrieben. Wir stehen der Tendenz desselben zwar nicht unsympathisch gegenüber, können ihm aber in dieser Fassung nicht zustimmen. Denn der Antrag richtet sich hauptsächlich gegen die Großstädte, die Unsittlichkeit ist aber in den Großstädten keineswegs größer als in den Kleinstädten und auf dem Lande. Die Kriminalstatistik zeigt sogar, daß Unsittlichkeitsverbrechen dort auch vorkommen. Richtig ist, daß das Nachtleben in Berlin sich sehr lange hinzieht, aber lange Sitzungen haben nicht immer was mit Unsittlichkeit zu tun. Wir alle haben schon lange Sitzungen gehabt, ohne daß hierbei von Unsittlichkeit die Rede war. (Heiterkeit.) Maßnahmen gegen die Animierkneipen halten wir auch für nötig, doch darf das ehrliche Kellnerinnengewerbe, wie es in Süddeutschland besteht, nicht dadurch geschädigt werden.

Gegen ein preußisches Kinematographen-Gesetz sind wir deshalb, weil wir hier ein Reichsgesetz wünschen. Doch sollte man hier bei der Begutachtung auch Lehrer heranziehen. Mit der Polizei allein kann man nicht alles machen. Doch wünschen wir, daß die Polizei strenger als bisher gegen das Mannsdirnentum auf den Hauptstraßen vorgeht. Nötig ist eine Bekämpfung der Prostitution. Dies kann wirksam nur geschehen durch eine religiöse Herzensbildung, durch bessere Schulbildung und durch Erziehung in den Kinderstuben, in der Familie. Ein junger Mann muß dahin erzogen werden, daß er Frauen nicht nur im Salon Achtung bezeugt.

Ferner müssen die sozialen Quellen der Prostitution abgegraben werden durch eine Wohnungsreform, durch genügende Bezahlung der weiblichen Angestellten und vor allem durch eine Fürsorge für uneheliche Mütter, die jetzt häufig aus Not einem unsittlichen Gewerbe sich hingeben müssen. Wir streben alle einem Ziele nach, die Zustände zu bessern. Mit Recht sagt der Kaiser, daß nicht kriegerische Lorbeeren, nicht Gold, noch Macht die Zukunft eines Volkes sicherstellen, sondern nur die sittliche Kraft des Volkes. (Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag, 11 Uhr. Außerdem Erweiterung des Nordkreises Danzig.

Schluß ¾5 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

217. Sitzung, Mittwoch, den 18. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Lisco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. und dankt den Schriftführern, die anläßlich seines heutigen 72. Geburtstags seinen Platz mit einem Blumenstrauß geschmückt haben.

Der Etat für das Reichs-Justizamt.

(Dritter Tag.)

Abg. List-Eßlingen (Natl.)

verteidigt nochmals die Haltung des Abgeordneten Röchling im Abgeordnetenhause. Herr Landsberg verlangte vor den Schifferschen Reformen die Reform des preußischen Wahlrechts. Diesen Zusammenhang versteht mein schlicht bürgerlicher Verstand nicht. Wenn die Sozialdemokraten Lust haben, mit uns an der Verbesserung des Rechts zu arbeiten, so hindert das preußische Wahlrecht sie doch nicht. Gerade jetzt sollten sie helfen, da sie noch Einfluß haben. Man weiß nicht, was die Zukunft bringt. (Lachen der Soz.)

Der Redner empfiehlt nochmals die Schifferschen Anträge. Manche Redner haben krankhaft nach Gründen gegen sie gesucht. Es ist aber schon viel damit gewonnen, daß die Sache überhaupt einmal in Fluß gebracht ist. Der geschäftliche Schutz gegen unerkannte Geisteskranke ist doch notwendiger, als der Staatssekretär meint. Banken und auch Gewerbetreibende sind auf diese Weise schon in schwerster Weise geschädigt worden. Die Gläubiger müssen gegen böswillige Schuldner geschützt werden. Meine Forderung eines Gesetzentwurfs über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses ist durch die gestrige erfreuliche Erklärung des Staatssekretärs erledigt. Die Frage der religiösen Erziehung der Kinder aus Mischehen muß geregelt werden. Hier müssen endlich modernere Anschauungen zur Geltung kommen. Ein böses Kapitel ist die Behandlung der Vorstrafen der Zeugen. Der Fall in Dortmund, wo die Behörde den beleidigten Rechtsanwaltstand nicht in Schutz nahm, wäre in Süddeutschland nicht möglich. Die große Mehrheit der Anwälte ist derart, daß ihr Geschäftsgebaren jeder Kritik standhält. Das Einkommen der Rechtsanwälte weist einen bedauerlichen Tiefstand auf. Gegen den numerus clausus werde ich mich mit allen Mitteln sträuben.

Bayerischer Staatsrat v. Treutlein:

Hier wurde der Fall einer Zeugin in Amberg erwähnt. Sie soll für eine Jugendsünde eine kleine Strafe erhalten haben, und weil diese Vorstrafe vor Gericht festgestellt wurde, einen Selbstmordversuch gemacht haben. Tatsächlich hat diese Zeugin zwei Jahre Gefängnis verbüßt, und die Feststellung der Strafe erfolgte auf Veranlassung der Verteidigung. Sie selbst fügte sich nur eine geringe Verletzung bei.

Abg. Dr. Oertel (Kons.):

Mir ist es nahe gegangen, daß durch die Unterlassung der Verteidigung des Herrn Röttgens im Kruppprozeß einen trefflichen Mann unnötiger Weise ein Makel angeheftet wurde. Gegen die Majestätsbeleidigungsnovelle haben wir, obwohl wir dafür stimmten, erhebliche Bedenken gehabt, und unsere Bedenken sind seither angesichts solcher Ereignisse wie in Portugal nicht geringer geworden. Die persönliche Ehre muß überhaupt besser geschätzt werden als bisher. Ebenso ist gegen Irre ein besserer Schutz notwendig. Sogar gegen Halbirre. Einen pathologischen Zug hat schließlich jeder Mensch, vielleicht auch wenn er dem Reichstag angehört. (Heiterkeit. Zuruf.) — Ja vielleicht sogar ich! (Große Heiterkeit!) In die Vaterschaft des Urheberrechtes teile ich mich mit dem Abg. Dr. Müller-Meiningen. Bei zwei solchen Vätern muß das Kind einigermaßen wohlgeraten. (Heiterkeit.) Trotzdem würde ich nichts gegen eine Aenderung in der Richtung haben, daß der Nachdruck einer Arbeit gestattet wird, die sich nicht als eine selbständige geistige Tat darstellt.

Die sensationelle Berichterstattung namentlich über große Prozesse ist gewiß zu beklagen. Aber das Publikum will seinen Prozeß zum Morgenkaffee haben. Und beim Prozeß der Hedwig Müller trifft die Schuld nicht die Presse, sondern das Verhalten des gebildeten Mannes, der dem Mädchen seine Dienste durch Unterricht bezahlte und dafür laut gerühmt wurde. Darüber sind wir nicht einig, was Schmutz ist, wohl aber darüber, daß wirklicher Schmutz von unserer Jugend ferngehalten wird. Gegen Eindeutigkeiten kann der Richter heute schon vorgehen. Aber gegen Zweideutigkeiten und Zoten ist er machtlos, selbst nachdem die Polizei eifriger geworden ist. Schamlosigkeiten werden in den Mantel der Wissenschaft gehüllt. Das entspricht nicht ihrer Würde. Sie müßte gegen diese Halbwissenschaft Front machen. Kunstwerke wollen in den Museen oder in aller Stille genossen werden. Aber auch auf Ansichtskarten? Ist es wirklich eine Freude, Reisegrüße auf den Leib eines unbekleideten Weibes zu schreiben? Nun sollen wir uns an die Nacktheit gewöhnen. Sollen wir etwa die Außenwelt an den Anblick unserer Nacktheit gewöhnen? Das wird sich nicht immer empfehlen aus — ästhetischen Gründen. (Große Heiterkeit.) Aus ästhetischen Gründen erklärt sich vielleicht auch das Verbot der Alpentracht der vielen Berliner wegen, die diese Tracht gern anlegen. (Große Heiterkeit.) Wir sind gegen diese Auswüchse nicht aus Muckerei, sondern aus Religiosität. Viele fromme Juden stehen dabei ganz auf unserer Seite. Für uns steht der alte Spruch fest: Fundamentum regnorum timor dei! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Kehren wir wieder zu etwas Weltlichem zurück! (Große Heiterkeit.) Wir beklagen uns über ungleichmäßige Anwendung des Rechtes. Es gibt Staatsanwälte, die nur mit allergrößter Mühe, unter stärkster Pression, dahin gebracht werden, gegen einen Konservativen vorzugehen. So wurde unser Kollege Dr. Wendorf von dem konservativen Parteisekretär Jordan in einer Broschüre gröblich beleidigt. Seine Anzeige wies der Staatsanwalt ab, etwa mit der Begründung, es handle sich nicht um den Dr. Wendorf, sondern um den Fortschrittsmann Dr. Wendorf. Schließlich dauerte es acht Monate, ehe Dr. Wendorf es durchsetzte, daß Jordan die erkannte Strafe antrat. Für die Strafprozeßreform darf nur das Bedürfnis des deutschen Volkes und des rechtsuchenden Publikums maßgebend sein, nicht aber etwa der Gedanke, daß die Systematik unseres Strafrechts notleiden könne.

Die Vorschläge des Kollegen Schiffer enthalten manchen guten Gedanken, sind aber viel zu allgemein. Sie sind unannehmbar. Wir müssen Teilreformen vornehmen, da wir nicht 15 Jahre warten können. Gegen den wirklichen Schmutz reichen die bestehenden Bestimmungen des Strafgesetzes aus. Das hat selbst Dr. Oertel anerkannt. Gleichzeitig hat er aber ernste Kunstrichtungen mit ganz unreifen Strömungen in merkwürdiger Weise zusammengeworfen. Unter dem Deckmantel der Sittlichkeit macht sich nur zu oft eine krankhafte, zumeist sehr unsittliche Feigenblattmoral breit. Nach alter Erfahrung machen die größten Zotenjäger offiziell nach außen hin am lautesten in Sittlichkeit. Die Presse soll sich selbst helfen gegen den Spießer, der seinen Prozeß im Morgenblatt haben will. Das Berliner Landgericht leidet an drei fixen Ideen. Erstens: alles Nackte ist an sich unsittlich, zweitens: die Unzüchtigkeit eines Bildes wird durch eine edle und täuschende Reproduktion erhöht, endlich: der Inbegriff des Unsittlichen ist die Postkarte. (Heiterkeit.)

Die bestehende Praxis unterwirft ein blühendes und hochangesehenes Gewerbe, achtbare Verleger und bedeutsame Künstler der vollständigen Willkür des Staatsanwaltes. Dagegen bleiben offenkundige Schmutzereien ohne Verfolgung. Abbildungen, die ohne unzüchtig zu sein doch das Schamgefühl verletzen. Das neueste auf diesem Gebiet ist die pornographia eventualis, die dem Schutzmann eine Putativunsittlichkeit nahelegt. (Heiterkeit.) Man entsetzt sich über die Turnhose der Mädchen, die Matrosenbluse der Knaben und dergleichen. In Bayern kann man nette Dinge darüber hören. Wann wird diese Schweinerei, die sich Sittlichkeit nennt, aufhören? Und die Verballhornung unserer deutschen Dichter — darüber hätte ich gern den großen Dichter Georg Oertel gehört! (Große Heiterkeit!) Der Staat hat bisher wenig getan gegen die Unsittlichkeit. Mit diesen Polizeimaßnahmen verfährt er nur nach dem Worte Pestalozzis: Erst läßt man das Unkraut wachsen, dann fällt die Gerechtigkeit wie eine wilde Sau in den Garten. Das wirksame Mittel wäre, unabhängige freie Richter zu schaffen.

Staatssekretär Dr. Lisco:

Es sind verschiedene gerichtliche Entscheidungen erwähnt worden, die Kunstwerke oder ihre Reproduktionen für unsittlich erklären. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß der Schmutz in Wort und Bild bekämpft werden muß und bin fest überzeugt, daß darüber in dem hohen Hause nur eine Stimme herrscht. Die Schwierigkeit beginnt aber, wenn es sich um die Verbreitung von Nachbildungen der Kunstwerke handelt. Hierzu ist eine Reihe von Einzelfällen angeführt worden. Ich kann mich aber nur im allgemeinen mit ihnen beschäftigen, zu den einzelnen, die mir nicht bekannt sind, ist es mir nicht möglich, Stellung zu nehmen. Wenn man hört, daß Postkarten mit Abbildungen alter Meisterwerke und Originale in Museen für unsittlich erklärt worden sind, so gebe ich gern zu, daß eine solche Entscheidung zunächst überrascht. Wenn man dann aber bei näherem Eingehen findet, daß die Karten von den Händlern etwa in einer Umgebung, die die Lüsternheit anreizt, vielleicht unter obszönen Darstellungen, angeordnet sind, dann gewinnt die Sache ein durchaus anderes Gesicht. Im übrigen will ich gar nicht bestreiten, daß man über die Richtigkeit der einen oder der anderen Entscheidung verschiedener Meinung sein kann. Wer sich jemals mit diesen Fragen beschäftigt hat, weiß, welche Schwierigkeiten die Abgrenzung des Begriffes Unzüchtigkeit bietet, und es ist nur natürlich, daß sich dabei in Ermangelung eines allgemein gültigen Tatbestandes Abweichungen ergeben.

Man wird aber auch aus solchen einzelnen Entscheidungen zu weitgehende Schlüsse nicht ziehen können. Das Reichsgericht hat als maßgebende Bestimmung ständig die Auffassung vertreten, daß die bildliche Darstellung des Nackten an sich ebensowenig unzüchtig ist, wie die des unverhüllten menschlichen Körpers selbst. Es hat sich ebensowenig der Erwägung verschlossen, daß die vorherrschende künstlerische Idee auch bei der Darstellung sinnlicher Empfindungen das Unzüchtige verdrängt und daß damit eine Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls ausgeschlossen wird. Damit wird aber grundsätzlich dem Künstler die nötige Bewegungsfreiheit gewährleistet. Auf der anderen Seite hat es aber das Reichsgericht als ebenso selbstverständlich angenommen, daß die Reproduktion von Kunstwerken, insbesondere auf Postkarten, mißbraucht werden kann. Der Mißbrauch kann in der Art der Darstellung liegen, indem unter Verzerrung des künstlerischen Charakters des Werkes etwas anderes in den Vordergrund gedrängt wird. Er kann aber auch in äußeren Umständen, in der Zusammenstellung einer Reihe von Nacktdarstellungen gefunden werden.

Das Landgericht I Berlin hat nun eine Reihe von Postkarten für unsittlich erklärt, weil die Abbildungen männlicher und weiblicher nackter Körper für den Massenvertrieb in dem großen Publikum bestimmt waren. Das Reichsgericht ist diesen Ausführungen entgegengetreten, das Urteil ist mir heute vormittag zugegangen. An grundsätzlichen Ausführungen enthält es etwa folgendes: Der Begriff des Unzüchtigen muß notwendig Beziehungen zum Geschlechtlichen haben. Es muß das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletzt werden. Dazu gehört aber die Darstellung des unverhüllten Körpers für sich allein nicht. Es muß dazu eine unzüchtige und schamlose Darstellung gewählt werden. Das gilt auch für ein Werk der Bildhauerkunst, das den nackten Körper zur Erscheinung bringt. Es muß genügen, wenn es in künstlerischer Beziehung den Stempel des Unsittlichen nicht zeigt. Bei einem Falle, wo es sich um die Reproduktion eines Bildes aus der Dresdener Galerie handelt, wurde der Postkartenhändler angeklagt, weil die Unzüchtigkeit aus der Art seines Betriebes gefolgert wurde. Es wird Aufgabe der Rechtsprechung sein, zu entscheiden, ob alle Karten dieser Art oder nur diejenigen bei diesem Händler beschlagnahmt werden sollen.

Abg. Heine (Soz.):

Dr. Oertel hat über mangelnden Schutz der Ehre geklagt. Weiß er nicht, daß Dr. Böhme hier mitgeteilt hat, daß 27 Agitatoren des Bundes der Landwirte wegen Beleidigung der führenden Männer des Bauernbundes bestraft werden mußten! (Hört! hört!) Unsere Strafprozeßordnung ist im großen und ganzen ein ausgezeichnetes Gesetz, wenn es nur richtig angewendet wird. Die Schuld an der Verurteilung in Köln trägt die Judikatur des Reichsgerichts. Ein ähnlicher Fall war 1905 in Trier. Materiell und formell waren beide Verfahren gleich mustergültig. Ich war in Köln und Trier froh, daß eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung erfolgte. Denn wären die Angeklagten freigesprochen worden, so hätte das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache an ein anderes Gericht verwiesen, das vielleicht weniger objektiv gewesen wäre. Und die Tausende und Zehntausende von Mark wären weggeworfen gewesen. Das Tückische der Klassenjustiz liegt darin, daß der Richter gar kein Verständnis dafür hat, wie es in der Seele eines Arbeiters aussieht. Daher die Verherrlichung der Streikbrecher, die Zugänglichkeit für politische Einflüsse.

Die ganze verrückte Judikatur, die das Reichsgericht jetzt richtig gestellt hat, geht von dem Gedanken aus: Wie wäre es, wenn statt des Kunstwerks wirklich ein nacktes Weib dastände. Es steht aber eben kein lebender Mensch, sondern ein Kunstwerk da. Ganz ausgezeichnete Reproduktionen wurden für unzüchtig erklärt. Ich muß schon sagen, es gehört eine perverse Phantasie dazu, um z. B. zu behaupten, es seien an bestimmten Körperstellen stärkere Schatten angebracht worden, um die Lüsternheit zu erregen. Diese Behauptungen, die hier ein Staatsanwalt aufstellte, sind direkt pathologisch. So schlimm ist es aber erst geworden, seitdem man eine bestimmte Kammer mit diesen Prozessen befaßte. Das widerspricht entschieden dem Geist der Strafprozeßordnung. Diese ganzen Prozesse wären nicht möglich ohne eine gesetzwidrige Anwendung des sog. objektiven Verfahrens. Man klagt nicht die Verleger und Künstler an — obwohl das nach dem Lokalitätsprinzip geboten ist — weil man weiß, daß eine Verurteilung anerkannter Künstler oder Geschäftsleute nicht zu erzielen wäre.

Auf diese Weise könnte man auch Preßartikel im objektiven Verfahren verurteilen, was auch schon versucht worden ist und uns zu den österreichischen Preßzuständen führen würde. Wirklichen Mißbräuchen gegenüber reicht das Strafgesetz aus. Wir werden dieser Rechtsprechung und Polizeikommune diskretionäre Mittel zur Verfügung stellen, ehe sie nicht bewiesen haben, daß sie von den bisherigen Mitteln Gebrauch zu machen verstehen.

Staatssekretär Lisco:

Ich muß Verwahrung einlegen gegen die Aeußerungen des Vorredners, soweit er von einer verrückten Judikatur und einer perversen Phantasie eines Staatsanwalts sprach. Ich möchte bitten, sich nicht in solchen Ausdrücken zu bewegen, die mich zwingen, sie zurückzuweisen. (Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140219017/fragment/page=0002

Abg. Dr. Gerlach (Zentr.):

Die Aufnahme von Kranken in Irrenanstalten darf nur unter bestimmten Kautelen erfolgen. Man soll aber die Gefahren auf diesem Gebiete nicht übertreiben. Es ist heute unmöglich, daß ein Gesunder in eine Irrenanstalt aufgenommen wird, es sei denn, daß ein gleichzeitiges Betrugsmanöver aller Beteiligten vorliegt.

Abg. Dove (Vp.):

Der Vorredner hat seinen Freund Belzer in einer Weise widerlegt, daß ich mich kurz fassen kann. In der Tat können wir den Rat des Irrenarztes in diesen Fragen nicht entbehren. Die Gerichte müssen sich auf sachverständige Gutachten stützen. Die Schifferschen Anträge enthalten einerseits ein Gesetz, das man in den „Reichsanzeiger" aufnehmen könnte, wenn man es sich nicht genauer ansieht. andererseits wenden sie sich an die konzeptive Natur des Reichskanzlers. Für durchführbar halten wir sie aber nicht. Bei der Regelung des Irrenwesens hat das Bürgerliche Gesetzbuch den Schutz des Verkehrslebens ganz außer acht gelassen. Im ganzen ist unsere Rechtsprechung recht gut, besser als in vielen anderen Staaten.

Abg. Sachse (Soz.):

Die Staatsanwaltschaft in Waldenburg geht mit äußerster Strenge gegen uns vor. Sie hat Notizen in unserem dortigen Blatte verfolgt, die in anderen Parteiblättern unbeanstandet blieben.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es soll jetzt eine Aussprache über die Angelegenheit der Witwe Hamm in Landesbach erfolgen.

Staatssekretär Dr. Lisco:

Bevor Sie in die Verhandlungen über die Strafsache gegen die Witwe Hamm eintreten, stelle ich fest, daß bereits am 12. Dezember 4 Mitglieder dieses Hauses mir mitgeteilt haben, daß sie bei der Beratung des Justizetats bestimmte Fälle zum Gegenstand ausführlicher Besprechungen machen werden. So dankbar ich für jede vorherige Ankündigung einer derartigen Erörterung bin, so möchte ich Sie doch bitten, diese Ausführungen hier auf das Nötigste zu beschränken. Die Akten in der Strafsache haben mir bisher niemals vorgelegen. Sie werden andauernd gebraucht. Ich kann mich nur auf Mitteilungen des preußischen Justizministeriums stützen.

Die Witwe Hamm ist 1908 wegen Beihilfe zur Ermordung ihres Ehemannes mit 14 Jahren Zuchthaus bestraft worden. Sie verbüßt diese Strafe. Nachdem die Verurteilung ausgesprochen war, sind mehrere Voruntersuchungen eingeleitet worden, um die mutmaßlichen Täter zu ermitteln. Die Voruntersuchungen sind eingestellt worden. Nun hat vor mehreren Jahren ein Wiederaufnahmeverfahren geschwebt. Es ist abgelehnt worden und die Beschwerde dagegen ist vom Oberlandesgericht in Düsseldorf zurückgewiesen worden. Neuerdings sind wieder zwei Voruntersuchungen eingeleitet worden. Gleichzeitig schwebt seit Ende Januar wieder ein Wiederaufnahmeverfahren. Wenn dieser Fall, der schon im Preußischen Abgeordnetenhause behandelt wurde, hier nun besprochen wird, so stellt sich das doch augenblicklich bei dem schwebenden Wiederaufnahmeverfahren und den Voruntersuchungen als eine Erörterung innerhalb eines schwebenden Rechtsverfahrens da.

Nicht nur von diesem Gesichtspunkte aus, sondern auch von dem, daß die Herren die Beweisführung erörtern wollen, würde ich es für überaus bedenklich halten, hier eine derartige längere Auseinandersetzung herbeizuführen. Ich muß mich bei dieser Schlage von jeder weiteren Erörterung dieser Frage in diesem Hause zurückhalten. Ich kann also an dieser Debatte nicht teilnehmen. Ich möchte aber die dringende Bitte den Herren ans Herz legen, wenn es nicht möglich ist, die ganze Erörterung zu unterlassen, sich jedenfalls die äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen.

Die Resolution List (Natl.) über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wird zurückgezogen.

Donnerstag 1 Uhr pünktlich: Weiterberatung, Marineetat.

Schluß 6¾ Uhr.

Deutsches Reich.

Zentrumsminister und Sozialdemokratie.

Sie vertragen sich gut — trotz alledem.

In der Mittwoch-Sitzung der Bayrischen Kammer der Abgeordneten kam der Minister des Innern Freiherr von Soden bei Beratung des Etats auf die Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie zu sprechen und erklärte bezüglich der Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister und Beigeordneter, er habe schon in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß seine Stellungnahme in dieser Hinsicht sich nicht geändert habe. Was das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie betreffe, so habe ihn die prinzipielle Auffassung der Sozialdemokratie über den Staat in seiner Meinung bestärkt, daß hier mindestens eine gewisse Vorsicht gegenüber der Sozialdemokratie am Platze sei. (Zuruf von den Soz.: Das beruht auf Gegenseitigkeit. Große Heiterkeit.) Aus der Presse der Sozialdemokratie und aus den Resolutionen gehe klar hervor, daß die Sozialdemokratie eine **grundsätzliche Gegnerin der monarchischen Staatsverfassung und des Gottesgnadentums** sei. Man sei sich auf beiden Seiten über diese Auffassung klar, und er habe die Verpflichtung als Minister, die Stellung aufrechtzuerhalten, die er mit seinen Ministerkollegen gegen die Sozialdemokratie eingenommen habe. Der Minister erklärte zum Schluß, daß er dagegen auch der Meinung sei, daß alles Gute, das überhaupt zu finden sei, auch wenn es von seiten der Sozialdemokratie käme, seitens der Regierung aller Berücksichtigung wert sei, und er habe die Empfindung gehabt, als ob die Regierung und die Sozialdemokratie **trotz aller Gegnerschaft doch recht gut sich miteinander vertragen hätten.** (Große Heiterkeit.) — Na also! Das Zentrum wird allerdings nun nicht mehr in der Lage sein, sich als Schützerin gegen die Sozialdemokratie aufzuspielen, wenn seine Parteiminister sich mit der Sozialdemokratie so gut vertragen.

Dr. Solfs Reformpläne.

In der Budgetkommission des Reichstages erklärte der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf, er habe bei einem Vergleich der Verwaltungssysteme gefunden, daß **namentlich das englische System,** wenn auch nicht in allen Details, **für uns vorbildlich** sein könne. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Kolonialverwaltung bestände darin, daß bei uns grundsätzlich die Kolonialverwaltung in den Händen des Staatssekretärs liege, der für alles im Parlamente verantwortlich sei, während die Verwaltung der englischen Kolonien in den Händen der Gouverneure liege und die englischen Kolonialbudgets dem Parlament nicht vorgelegt würden. Dr. Solf sagte, er beabsichtige, nach dieser Seite Reformen vorzunehmen. Das Kolonialamt solle entlastet, die Beamten tunlichst vermindert und die Gouvernementsverwaltung gestärkt werden. Es sei zu prüfen, inwieweit eine Konstitution für die Kolonien geschaffen werden könne. Bezüglich der deutsch-englischen Grenze im Nordwesten Ostafrikas werde demnächst die Ratifikationsurkunde vorgelegt werden.

Warum General Liman auf sein Korps verzichtete.

Die vielerörterte Angelegenheit des Chefs der deutschen Militärmission in der Türkei, Generals Liman von Sanders, wird auch im Reichstage zur Sprache kommen. Die Regierung wird voraussichtlich eine Erklärung abgeben, in der sie versuchen wird, ihr Verhalten im „Fall Liman" zu rechtfertigen. In diplomatischen Kreisen stellt man den Verlauf der Angelegenheit jetzt so dar:

„Es war der ausdrückliche Wunsch des Generals, das Konstantinopeler Korps zu führen. Als Enver Pascha das Kriegsministerium erhielt und das erstaunliche „Revirement" — genauer gesagt: die Massenentlassung — in den türkischen Kommandostellen sich unmittelbar nach dem Amtsantritt des neuen Mannes vollzog, da stand es bei dem deutschen General sofort fest, daß er nicht länger in seiner bisherigen Stellung bleiben könne. Die Möglichkeit innerer Stürme in der Türkei lag vor, und falls diese einsetzten, war es ausgeschlossen, daß ein deutscher General an der Spitze desjenigen Korps stand, das am ersten in sie hineingezogen werden konnte. Es war daher der freie Entschluß General Limans, in anderer Stellung seine Mission zu erfüllen, und es ist falsch, seinen Rücktritt auf ein Zurückweichen vor Frankreich und Rußland zurückzuführen."

Volksvertretung und Regierung in der Frage der militärischen Machtbefugnisse. Im Depeschenteil des gestrigen Abendblattes brachten wir die Erklärung der Reichsregierung, daß sie die Kompetenz des Reichstages bestreitet. Im weiteren Verlaufe der Sitzung der Kommission des Reichstages zur Beratung des Initiativantrages betreffend Regelung der militärischen Machtbefugnisse wurde ein Antrag eingebracht, der die Vorlegung von Material seitens der Regierung zur weiteren Beratung fordert, insbesondere die Vorlegung der in den Einzelstaaten geltenden Vorschriften, sowie Mitteilung darüber, welche Schritte seitens der Regierung geschehen oder angebahnt seien zur Vereinheitlichung der Vorschriften in den Einzelstaaten. In der Debatte wurde die Zuständigkeit des Reichstages für die zur Erörterung stehenden Fragen von konservativer Seite bestritten. Schließlich wurde der genannte Antrag von der Mehrheit angenommen. Die Kommission vertagte sich sodann auf den 26. Februar. — Die Kompetenz des Reiches, durch **einheitliche Gesetzgebung** die Machtbefugnisse des Militärs zu regeln, ist zweifellos. Wenn die Reichsregierung allerdings von dem Rechte Gebrauch macht, ihre Zustimmung einem Gesetz zu verweigern, dann wird die Kommission unfruchtbare Arbeit leisten, und es bleibt nachher den militärischen Kommandostellen unbenommen, noch ältere Kabinettsorders als die von 1820 auszugraben.

Wahlprüfungen. Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl der Abgeordneten Dr. Runge (Fortschritt. Volkspartei, 12. Berlin), Graf Brdow (Kons.), Graue (Vp. beide Brandenburg) und Wendebach (Vp. Potsdam), sowie eine Anzahl anderer Wahlen für gültig erklärt.

Parteinachrichten.

L. C. **Zur Wahl in Jerichow** schreibt die fortschrittlich-parteioffiziöse „Liberale Korrespondenz": Im Reichstagswahlkreise Jerichow haben am Freitag die Wähler darüber zu entscheiden, ob der künftige Vertreter des Wahlkreises der Rechten oder der Linken des Reichstages angehören soll. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 galt die Stichwahlparole: Keine Stimme einem Kandidaten der Rechtsparteien! Seither hat sich die Gegnerschaft gegen die Konservativen nicht vermindert, sondern noch verschärft. Gerade im Wahlkreise Jerichow haben die Konservativen den Kampf gegen den Liberalismus in überaus häßlichen Formen mit Verunglimpfungen und Unwahrheiten geführt. Entscheidend für die liberalen Wähler muß die Rücksicht auf die Mehrheitsbildung im Reichstage sein. Die Linksmehrheit muß erhalten und gestärkt werden, und dies umsomehr, als die Linke eben erst das Mandat des bisherigen nationalliberalen Abg. Kölsch im Wahlkreis Kehl-Offenburg verloren hat. Wir halten es daher für dringend geboten, daß die liberalen Wähler am kommenden Freitag dem konservativen Kandidaten jegliche Unterstützung versagen.

Noch ein konservativ-sozialdemokratisches Techtelmechtel? Eben erst haben sich in Lippe Konservative und Sozialdemokraten zusammengefunden — die Konservative Korresp. sagt allerdings: es waren Christlich-Soziale —, da kommt aus Borna-Pegau, wo binnen kurzem Ersatzwahl infolge der Niederlegung des Mandates des Herrn v. Liebert stattfindet, gleiche Kunde. Nach der „Sächs. Umschau" haben dort konservative Großgrundbesitzer offen erklärt, im Falle Herr von Liebert nicht in die Stichwahl komme, in dieser nicht den nationalliberalen Kandidaten, sondern den Sozialdemokraten wählen zu wollen oder doch Gewehr bei Fuß zu stehen. Die „Umschau" erbietet sich, ihre Behauptung eventuell durch Nennung von Namen zu beweisen. Also abermals Arbeit für den Hauptverein der Deutsch-Konservativen.

Ausland.

Neues vom Balkan.

Der Generalstabschef der deutschen Militärmission in Konstantinopel, Oberst von Strempel, hat einen Erholungsurlaub angetreten. — In hiesigen eingeweihten Kreisen von Cetinje hält man die Möglichkeit, einen neuen Balkanbund herzustellen, für ausgeschlossen. Der Zweck der Begegnungen und Verhandlungen der Balkanpremierminister war nur der, sich über die Maßregeln zur Erhaltung des Friedens und die durch den Bukarester Vertrag geschaffenen Lage zu verständigen. Der montenegrinische Ministerpräsident verlas vor der Skupschtina das Regierungsprogramm. Dieses befürwortet der äußeren Politik eine gemeinsame militärische und politische Aktion mit Serbien in allen die beiden Königreiche betreffenden Fragen und die Notwendigkeit guter, korrekter Beziehungen mit allen Nachbarn unter besonderer Anlehnung an Rußland. — In Athen, wird von gut unterrichteter Seite behauptet, daß das militärische Bündnis zwischen Rumänien und Griechenland seit Venizelos Aufenthalt in Bukarest perfekt ist.

Unruhen waren in Britisch-Ostafrika ausgebrochen. Das Gouvernement entwaffnete daraufhin die Somalis im Meridbezirk am Juba. Vier Kompagnien sind nach Jonte abgegangen und werden sich nach Serinle zur Verstärkung der dort stehenden 50 Mann begeben.

Die wirtschaftliche Mobilmachung Frankreichs für den Panamakanal. Der Unterstaatssekretär der französischen Handelsmarine teilte einem Berichterstatter mit, daß die Regierung einen aus Reedern, Exporteuren, Finanzleuten und anderen Interessenten bestehenden Ausschuß einberufen werde, welcher die infolge der Eröffnung des Panamakanals erforderlichen Maßnahmen zur Entwicklung des Schiffahrtsverkehrs mit der Westküste von Südamerika prüfen solle.

Sympathiekundgebungen für Stead. Eine Deputation der Universitäten Upsala, Lund, Göteborg und Stockholm überreichte am Mittwoch dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Staaff eine Adresse, die von 1300 Akademikern unterzeichnet ist. Der Wortführer der Deputation, Prof. Lösstedt aus Lund, erklärte, die Huldigung bedeute, daß man die Arbeit des zurückgetretenen Ministeriums nicht als abgeschlossen, sondern nur als durch ein Intermezzo unterbrochen ansehe.

Ein Sombart-Vortrag in Rußland verboten. Die Odessaer Polizei hat den angekündigten Vortrag Professor Werner Sombarts verboten.

Ein großartiges Schiffahrtsprojekt. In Petersburg weilt ein Vertreter des amerikanischen Syndikats für die Binnenschiffahrt, John Murray, der der Regierung den Vorschlag macht, die großen russischen Flüsse im Interesse der Schiffahrt zu vertiefen und zu reinigen. In erster Linie handelt es sich um die Wolga und ihre Nebenflüsse. Murray verspricht, **die Vertiefungsarbeiten, die 250 Millionen Dollar kosten würden, in drei bis fünf Jahren auszuführen** und verlangt dafür für das Syndikat das Recht, von allen auf den vertieften Flüssen verkehrenden Handels- und Passagierschiffen eine Steuer im Laufe von 30 bis 40 Jahren zu erheben. Die Regierung hat ihre Antwort auf das grandiose Projekt noch nicht gegeben.

Halle und Umgebung.

Halle, 19. Februar.

Die Stadtverordnetenwahl der Dorote

endete gestern nachmittag 5 Uhr. Es erhielten Herr Geheimrat Prof. Dr. Biermann 148 Stimmen, Herr Versicherungsdirektor Lange 111 Stimmen. Herr Biermann ist somit gewählt. —

In der Altstadt blieb die Wahlbeteiligung auch am Nachmittag recht gering. In den Thalassälen wurden 118, in der Kaiser Wilhelmshalle 106 Stimmen abgegeben, insgesamt 224 Stimmen. Sie lauteten sämtlich auf die Herren Rentier Käppel und Kaufmann Weschke.

Lehrermissionskonferenz.

Im großen Saale der Franckeschen Stiftungen fand, wie alljährlich, am 17. d. M. nachmittags 3 Uhr die immer stark besuchte Lehrermissionskonferenz statt.

Prof. D. Hausleiter konnte mehrere hundert Lehrer und Lehrerinnen begrüßen. In seinen einleitenden Worten wies er die Versammlung auf zwei bedeutsame Neuerscheinungen hin: auf die sehr instruktive Weltmissionskarte und auf das hervorragende Werk des Missionsinspektors Schlunk über das Schulwesen in den deutschen Schutzgebieten. Dann ergriff Missionsinspektor Oettli-Basel das Wort zu seinem großzügigen Vortrag: „Die evangelische Missionsschule in Kamerun". Es muß mit Dank verzeichnet werden, daß die Leitung der Hallischen Missionskonferenz diesen Referenten gewonnen hat, der seine Hörer mit dem reichsten und solidesten Kolonialmissionsschulwesen bekannt zu machen berufen war. Nach einem mehr allgemeinen Ueberblick über die Bedeutung des Missionsschulwesens überhaupt entwarf der Redner ein anschauliches Bild von dem Ausbau des Baseler Missionsschulsystems in Kamerun. Die Baseler Mission unterhielt am 1. Juli 1913 301 Dorfschulen mit 16 000 Schülern, darunter 1400 Mädchen, 13 Knabenschulen (mit Deutschunterricht), 6 Mittelschulen (mit Deutschunterricht) und 2 weitere deutsche Schulen, also 21 deutsche Schulen mit 1627 Schülern, 4 Mädchenschulen mit 210 Schülerinnen, eine Gehilfenschule (Seminar) mit durchschnittlich 60 Zöglingen.

Die Baseler Mission hatte

1900:	139 Schulen	mit	3 373 Schülern,
1910:	243 „	„	10 619 „
1. 1. 1913:	319 „	„	17 883 „

Nach dieser orientierenden Uebersicht führte der Redner seine Hörer in einer interessanten und klaren Weise in die mannigfaltigsten Probleme ein, die den Missionsgesellschaften durch ihre Schularbeit erwachsen: Gestaltung der Lehrpläne, Sprachenfrage, Stellung zu den Regierungen, Schuldisziplin, Erziehung zur Arbeit usw. Der Vortrag gipfelte in einem Appell an die deutsche Lehrerschaft zur Lösung dieser schwierigen Fragen, pädagogisch geschulte Männer den Missionen zur Verfügung zu stellen.

In der Debatte sprachen Missionsinspektor Schlunk-Hamburg, der einige interessante Bemerkungen zu seinem eben genannten Werke machte, und Missionsschriftsteller Ludwig Weichert-Berlin, der Geschäftsführer des Berliner Lehrermissionsbundes, der vor kurzem für sämtliche deutsche Missionsgesellschaften im Reichstag eine Aufstellung über das evangelische Missionsschulwesen in den deutschen Kolonien herzurichten hatte und bei dieser Gelegenheit eine in der Versammlung vorliegende Denkschrift über das Missionsschulwesen in den deutschen Kolonien verfaßt hat, die sämtlichen Mitgliedern des Reichstages überreicht worden ist.

In vorgerückter Stunde und vor einem sehr gelichteten Auditorium hielt dann Lehrer Sommer-Halle sein Referat über „das Werben für die Mission in Lehrerkreisen". Es ist wirklich zu bedauern, daß die außerordentlich wertvollen Anregungen einem großen Teile der nach Halle gekommenen missionsfreundlichen Herren verloren gegangen sind; denn hier sprach ein erfahrener Fachmann zu Kollegen über die Möglichkeit der Verpflanzung des Missionsgedankens in immer weitere Kreise. Könnte nicht in Zukunft durch eine andere Verteilung der Redefrist dafür gesorgt werden, daß auch der zweite, meistens eine Frage der Praxis behandelnde Referent zu seinem Rechte kommt? Das läge nicht zuletzt im Interesse der Missionen, denen doch die Gewinnung von Lehrern zu Mitarbeitern ein Anliegen ist.

Das Schlußwort sprach in Vertretung von Geheimrat Prof. D. Fries Prof. Kärner. Gegen 6 Uhr wurde die interessante Tagung geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140219017/fragment/page=0003

Ferienkursus an der Universität Halle. Das Seminar für Genossenschaftswesen an der Universität Halle veranstaltet vom 2. bis 6. März einen Kursus über den gegenwärtigen Stand des Genossenschaftswesens, an dem jedermann teilnehmen kann. Es werden sprechen: Geheimrat Conrad über Entwicklung des Genossenschaftswesens und über den gegenwärtigen Stand der Handwerkerfrage; Geheimrat Loening über Genossenschaftsrecht; Geheimrat Biermann über Hypothekenrecht; Professor Brodnitz über Bank und Börse; Justizrat Crüger über Kreditgenossenschaften und über Handwerkergenossenschaften; Dr. Wolff über Konsumgenossenschaften und über Baugenossenschaften; Dr. Felber über Genossenschaftsbuchführung; Dr. Hein über Erwerbsgesellschaften; Dr. Aubin über Verfassung und Finanzen des Deutschen Reiches. Mit allen Vorträgen sind Diskussionsstunden verbunden.

Der Samariterkursus, welcher von der Freiwilligen Sanitätskolone vom Roten Kreuz des 1870er Bahnhofs-Baracken-Vereins veranstaltet und vom Kolonnenarzt Dr. med. Lehmann geleitet worden ist, wurde am Dienstag beendet. Die in Gegenwart des Stabsarztes d. R. a. D. Dr. Küstner abgehaltene Abschlußprüfung bestanden 63 Kursusteilnehmer.

Der Sächsisch-Thüringische Reiter- und Pferdezucht-Verein, Halle, hält am 21. Februar, nachmittags 3½ Uhr, im Hotel „Stadt Hamburg" eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: Verlesung der Niederschrift über die letzte Mitgliederversammlung; Kassenbericht; Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Entlastung des Schatzmeisters; Bericht über die Vereinstätigkeit im Jahre 1913 und über die Absichten des laufenden Jahres; Bericht des Meisters und der Delegierten; Bericht über die Wettannahmestelle; Bericht über den Bau der neuen Rennbahn; Beratung eingegangener Anträge. Nach Schluß der Sitzung, gegen 5½ Uhr, findet ein gemeinsames Abendessen in der „Stadt Hamburg" statt.

Kirchliche Nachrichten.

Synagogengemeinde. Freitag nachm. 5½ Uhr und Sonnabend vormittag 9 Uhr Gottesdienst und Predigt.

Provinzial-Nachrichten.

Zur Staatsbahnverlegung Aschersleben—Halberstadt.

w. **Frose,** 17. Febr. Der „Landbunger" der weniger bemittelten Einwohner unseres Ortes soll doch noch vor Ablauf der Pachtzeit der hiesigen Domäne (1918) befriedigt werden. Dieser Tage legte man einen Schienenstrang vom Kiesberg nach dem südlichen Bruchfelde, unter dem seit vorigem Jahre der Betrieb eingestellt ist. Die ungefähr 50 Morgen große Breite wird ackerreif gemacht, indem die Bruchlöcher (die bis 12 Meter Durchmesser haben) mit Kies ausgefüllt werden und mit einer Schicht Muttererde bedeckt werden. Diese Arbeiten sind in engste Beziehung zu bringen mit der Verlegung der Staatsbahnstrecke Frose-Nachterstedt-Gatensleben.

Die Vorarbeiten sind nun beendet und es bedarf zur Inangriffnahme nur noch der Zustimmung des jetzt tagenden preußischen Landtages. Die Kosten der Verlegungsarbeiten schätzt man auf 5—7 Millionen Mark, die in keinem Verhältnis stehen zu dem großen Ertrag aus dem Kohlenflöz unter der jetzigen Bahnstrecke und unter Bahnhof Nachterstedt. Man schätzt dort noch 40—50 Millionen Hektoliter lagernde Kohle, die stellenweise eine Dicke von 30 Meter und mehr hat und die im Tagebau abgebaut werden kann, da nur wenige Meter stark Erdschicht darüber lagert.

× **Ammendorf,** 18. Febr. (Das Faschingsvergnügen des hiesigen Gesangvereins „Sang und Klang") hat am Sonnabend im orginell und schön dekorierten Saale des „Goldenen Adlers" (Landmann) stattgefunden. Die gesanglichen Veranstaltungen wurden von den zahlreich erschienenen Gästen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Weiter wurde die Stimmung durch die Rodelbahn gehoben, die immer stark in Anspruch genommen war. Erst am frühen Morgen, als schon der Tag graute, trennten sich die Gäste mit dem Bewußtsein, wieder einmal ein frohes Fest im Verein „Sang und Klang" verlebt zu haben. Um nun allen Einwohnern zu Ammendorf und Umgegend Gelegenheit zu bieten, soweit sie nicht schon Gäste waren, die gesamten wunderschönen Dekorationen zu betrachten, werden noch einige Veranstaltungen folgen.

√ **Merseburg,** 18. Febr. (Zwei Leichen) wurden hier infolge des Hochwassers gelandet. Eine wurde als die des Photographen Ernst Bergner aus Eisenberg (S.-A.) rekognosziert, während bei der anderen keine Papiere vorgefunden wurden. Es ist die eines Mannes in den 50er Jahren, etwa 1,60 Meter groß, hat schwarzen Schnurrbart und Glatze. Etwaige Aufklärungen sind an die hiesige Polizeiverwaltung zu richten.

Bad Kösen, 18. Febr. (Angeschossen.) Als der Kreiritzscher Förster zwei Männer beim Frettieren überraschte und ihn der eine — der andere entfloh — mit dem Messer bedrohte, schoß er ihn in die Beine. Der Verletzte scheint aus Camburg zu sein, gab aber einen falschen Namen an.

n. **Teuchern,** 18. Febr. (Besitzwechsel.) Bei der Zwangsversteigerung des Pretzschen Gutes in Bonau, über das der Konkurs verhängt war, gab ein Hallischer Herr das Höchstgebot mit 170 000 Mark ab. Zu dem Gute sind 165 Morgen geschlagen. — Der Gasthof „Zur Eiche" in Trebnitz, der früher Herrn Krug gehörte, ist durch Kauf in den Besitz des Herrn Thielemann von dort übergegangen.

A. **Bitterfeld,** 17. Februar. (Der Aufschwung der Bitterfelder Industrie.) Welch bedeutenden Aufschwung die Bitterfelder Industrie in ihren Geschäftsverbindungen mit den benachbarten Staaten, wie Sachsen und Anhalt genommen hat, zeigt recht anschaulich die Uebersicht der Vereinigten Bitterfelder Industriewerke. Die der Vereinigung angehörigen 14 (im Vorjahre 13) Werke der Braunkohlenindustrie förderten 54 276 796 (54 293 344) Hektoliter Braunkohlen und preßten 387 277 (386 854) Tonnen Briketts und 4 789 960 (5 915 300) Stück Naßpreßsteine. Durch Baggerbetrieb wurden von 4 Unternehmern 4 325 231 (4 023 103) Kbm. Abraum der Braunkohlenbergwerke bewegt. In 12 Ziegeleien wurden 53 766 500 (65 512 417) Stück Klinker, poröse Steine, Verblender und Terrakotten hergestellt. Die 9 Tonwarenfabriken haben 79 140 (77 000) Tonnen Tonröhren und andere Erzeugnisse hergestellt. Die Brauerei und Mälzerei produzierte 30 356 (29 000) Hektoliter Bier und 500 Tonnen Malz. Das Elektrizitätswerk lieferte an 22 500 (1812) Konsumenten mit 32 785 (28 414) Lampenanschlüssen 643 388 (594 616) K.W.-Stunden für Licht und 4 119 612 (3 424 000) K.W.-Stunden für Kraftzwecke. Von der Gasanstalt wurden 661 960 Kbm. Gas hergestellt. Dem Verein gehören ferner an: 1 Papierfabrik, 1 Dampfsäge- und Hobelwerk, 1 Spritzenfabrik, 1 Dachpappen- u. Teerfabrik, 1 Dampfkessel- und Apparatebauanstalt, 1 Lack- und Farbenfabrik, 7 chem. Fabriken, 3 Maschinenfabriken und Gießereien, 1 Färberei, 1 Dampfhammerwerk und 1 Druckerei und Verlagsanstalt. — Alle Vereinswerke zusammen beschäftigen 8316 (8076) Arbeiter. Sie hatten im Betrieb 314 (302) Dampfkessel und 1015 (968) Dampfmaschinen, Dampfturbinen und Elektromotoren, 5 Wasserturbinen und 5 Windturbinen mit zusammen 53 313 (46 148) Pferdekräften. Die Ausgaben an Futterkosten für eigenes Fuhrwerk betrugen 400 000 Mark. Die Werke empfingen und versandten auf dem Bahnhof Bitterfeld und Greppin, Sandersdorf, Burgkemnitz und Oranienbaum (ein Teil der Förderung des Braunkohlenwerks Golpa-Jehnitz) 2 657 084 Tonnen. Der im Kreise Bitterfeld gelegene Grundbesitz der vereinigten Werke betrug 29 987 033 (29 347 679) Quadratmeter.

⚘ **Eisleben,** 18. Febr. (Ermäßigung der Steuerzuschläge.) Der Kämmereihaushaltsplan für 1914, mit dem sich die Stadtverordneten in der am Freitag stattfindenden Sitzung zu beschäftigen haben, sieht eine Ermäßigung der Steuerzuschläge vor. Nach diesem Entwurf sollen zur Einkommensteuer 215 Proz. und zu den Realsteuern 235 Proz. erhoben werden, was eine Ermäßigung des Zuschlags zur ersteren um 10 Proz., und zu den Realsteuern um 6 Proz. bedeutet.

⚖ **Helfta,** 18. Febr. (Die Straßenräuber,) die in der Nacht zum 16. d. M. den Bautechniker Schiller und den Korbmachermeister Wicht auf der Helftaer Chaussee überfielen und beraubten, wurden in der Person von vier Bergleuten aus Helfta ermittelt und sofort dem Amtsgericht Eisleben zugeführt. Die Räuber, die in noch recht jugendlichem Alter stehen, heißen L. Gärtner, K. Hechler, O. Hechler und K. Goletz. Ein abgerissener Jackettknopf, der dem K. Hechler gehörte, wurde zum Verräter. Uebrigens haben die Banditen in der Sonnabendnacht außer Wicht und Schiller auch die Frau des Landwirts und Schrankenwärters L., Graf-Helfta, angefallen. Auch der Ueberfall eines Dienstmädchens des Gastwirts Zieger, dem 15 Mk. abgenommen wurden, soll auf ihr Konto kommen. Ferner auch der Ueberfall der alten Frau Thiele.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der Privatdozent an der Würzburger Universität Dr. F. Flury hat den an ihn ergangenen Ruf als Inspekteur des Arzneimittelwesens der türkischen Armee abgelehnt.

Zum Nachfolger von Professor Karl Kalbfleisch auf dem Lehrstuhl der klassischen Philologie in Marburg wurde der außerordentliche Professor Dr. Johannes Memaldt von der Universität Greifswald berufen. 1880 zu Posen geboren, widmete sich Memaldt in Berlin dem Studium der klassischen Philologie, besonders unter Professor Diels und v. Wilamowitz-Möllendorf, erwarb 1904 den Doktorgrad, wurde Mitarbeiter an dem von der königlich preußischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Katalog der Handschriften der antiken Aerzte. Nach vollendeten Probejahr wurde er Ostern 1908 zum Oberlehrer an der Kaiser-Friedrich-Schule (Reformgymnasium) in Charlottenburg ernannt. Hier war er bis Ostern 1909 tätig, erhielt am 28. Juni 1906 (Leibnistag) den Charlottenpreis der preußischen Akademie der Wissenschaften mit der Preisschrift „Textgeschichte der Biographien Plutarchs" und habilitierte sich im Februar 1907 an der Universität Berlin für das Fach der klassischen Philologie. Gleichzeitig war er Assistent an der philologischen Abteilung des Instituts für Altertumskunde der Friedrich-Wilhelms-Universität. Am 15. März 1909 erfolgte seine Ernennung zum außerordentlichen Professor in Greifswald als Nachfolger von Professor E. Bickel.

Theater und Musik.

Die Gemahlin Edward Griegs als Gast des deutschen Kaisers. Wie das Christianiaer „Morgenblatt" mitteilt, hat Frau Nina Grieg, die Witwe des berühmten Komponisten, vom deutschen Kaiser die Einladung erhalten, der Aufführung „Per Gynts" im Berliner Königlichen Schauspielhaus beizuwohnen. Bekanntlich hat Edward Grieg zu Ibsens Drama Tonbilder komponiert. Die Einladung des deutschen Kaisers stellt also eine zarte Aufmerksamkeit und eine Ehrung des verstorbenen großen Komponisten dar.

Bühnenchronik.

Die Komödie „Der ungeflügelte Zweifüßler" von Edmund Eler-Halberg, dem Dramaturgen des Braunschweiger Hoftheaters, geht am 11. März als Uraufführung über die Braunschweiger Hofbühne.

Vermischtes.

Reiche Stiftung. Aus Bielefeld meldet uns ein Telegramm: Der ehemalige Handelsminister v. Möller hat zur dauernden Erinnerung an die Befreiungskämpfe vor 100 Jahren und zum Andenken an das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers unter dem Namen v. Möller-Gedächtnisstiftung Eigenheim eine Stiftung errichtet, die den Erwerb von Bau- und Wohnland zur Ansiedelung von Arbeitern und Angestellten der beiden Firmen K. und Th. Möller und Friedrich Möller in Brackwede bezweckt.

1 Million 600 000 Mark unterschlagen. Die Veruntreuungen bei der Bankfirma von der Heydt, Kersten u. Söhne in Elberfeld, die im Juli vorigen Jahres entdeckt wurden, beziffern sich, wie jetzt festgestellt ist, auf 1 600 000 Mark. Die Unterschlagungen erstrecken sich auf zehn Jahre. Während dieser ganzen Zeit war es ungetreuen Beamten gelungen, durch Buchfälschungen die Inhaber des Bankhauses zu täuschen. Als die Fälschungen entdeckt wurden, erschoß sich ein Angestellter, Paul Müller, im Sitzungssaal der Firma. Drei verdächtige Angestellte wurden verhaftet, und zwar der Wechselstubenvorsteher Heck und die Beamten Straube und Deubel. In die Angelegenheit war auch der Barmer Bankverein hineingezogen. Seit dem 1. Januar 1912 bestand eine Interessengemeinschaft zwischen ihm und der bestohlenen Bankfirma. Der Bankverein wird aber keinen Schaden erleiden, da die Vorbesitzer der Firma von der Heydt den ganzen Schaden übernehmen. Das gerichtliche Verfahren wird in Kürze eröffnet werden.

Die Elberfelder Tragödie. Bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bestritt Fräulein Wilden die Absicht der Ermordung des Dr. Nettelbeck. Sie habe, sagte sie aus, nur die Einhaltung seines Eheversprechens erwirken und im Falle einer Abweisung sich selbst vor seinen Augen erschießen wollen. Als Nettelbeck nun erklärte, er könne sie nicht heiraten, habe sie sich mit einem im Muff verborgen gehaltenen Revolver in die Schläfe schießen wollen. Nettelbeck sei ihr in den Arm gefallen; die Kugel habe sie daher nur am Unterkiefer gestreift. Beim Ringen sei ein zweiter Schuß losgegangen und habe Nettelbeck in den Unterleib getroffen. Als sie den Mann niedersinken sah, habe sie in der Aufregung die Flucht ergriffen, auf den Rat ihrer Angehörigen aber sich dann freiwillig der Polizei gestellt.

Ein Attentat bei der Hochzeit. Aus London wird berichtet: Während 200 Hochzeitsgäste auf dem Bahnhofe Burton versammelt waren, um sich zur Hochzeit der Lady Adelide Spencer mit Sidnen Peel zu begeben, näherte sich eine Frau, anscheinend eine Stimmrechtlerin, Lord Weardale, dem hervorragenden 67 Jahre alten Führer der Friedensbewegung, und schlug ihn mit einer Hundepeitsche. Weardale fiel zu Boden. Eisenbahnbeamte halfen ihm auf. Die Frau wurde von Polizeibeamten festgenommen. Man glaubt, daß die Frau Weardale irrtümlich für ein Mitglied der Regierung gehalten hat.

Von einer Schlange gebissen. Aus Wien, 18. Febr., wird gemeldet: Bei einer Filmaufnahme wurde heute früh ein Reisseur von einer Tigerschlange in die Hand gebissen; doch gelang es schließlich, die Schlange von ihrem Opfer abzubringen.

Das Sterben im französischen Heere. Seit dem Ausbruch der Epidemien in der französischen Armee sind noch an keinem Tage so viel Todesfälle vorgekommen, wie am Dienstag. In Orleans starben drei, in Marseille ebenfalls drei, in Montpellier zwei, in Bourges ein Mann. Vom 127. Infanterie-Regiment starben vier Rekruten an Genickstarre. Auch die Zahl der Neuerkrankungen ist ziemlich beträchtlich, allein das 26. Artillerie-Regiment hat 250 Mann in das Militär-Hospital senden müssen, von denen mehrere bereits gestorben sind, andere mit dem Tode ringen.

Beim Fensterln erschlagen. In Rain bei Augsburg wurde der Dienstknecht Johann Huber am Kammerfenster seiner Geliebten mit einem Prügel niedergeschlagen und getötet.

Letzte Depeschen.

Der schwedische Reichstag nach der Ministerkrise.

Stockholm, 18. Februar.

Vor gut besetztem Hause gab die Regierung in beiden Kammern des Reichstages eine Erklärung, betreffend ihre Politik, ab. Nach einer historischen Darlegung der Ministerkrise führt die Erklärung folgendes aus: Der Konflikt, der zwischen dem König und seinen früheren Ratgebern entstanden war, sei nach Ansicht der Regierung nicht derart, daß die Lösung der Verteidigungsfrage deswegen zu verschieben sei. Die Regierung wolle deshalb dem Könige vorschlagen, daß die neue Verteidigungsordnung dem Reichstage erst vorzulegen sei, wenn die Wähler durch Auflösung der Zweiten Kammer Gelegenheit gehabt hätten, mit Rücksicht auf diese Frage ihre Stimmen abzugeben. Der Zeitpunkt der Auflösung werde baldmöglichst bestimmt werden. Die Reform werde berücksichtigen, daß die für die Verteidigung notwendigen Mittel gerecht durch eine Wehrsteuer oder auf andere Art aufgebracht würden unter Rücksichtnahme auf die wirkliche Steuerfähigkeit. Die Regierung halte die Lösung der Verteidigungsfrage vereinbar mit einer kräftigen Entwickelung der sozialen Reformarbeit. Im Zusammenhang mit den Reformen der Wehrkraft siehe nach der Meinung der Regierung die Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Abreise des Kaisers nach Karlsruhe.

Berlin, 18. Februar.

Der Kaiser mit Gefolge ist um 7.40 Uhr abends von Potsdamer Bahnhof nach Karlsruhe abgereist, wo die Ankunft morgen vormittag erfolgen soll.

Erkrankungen in einem Eisenbahnregiment.

Berlin, 18. Februar.

Durch die Zeitungen liefen Nachrichten über angebliche Massenerkrankungen beim Eisenbahnregiment Nr. 3 in Hanau. — Wir erfahren hierzu von zuständiger Seite: Beim 1. und 2. Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 3 in Hanau sind Erkältungskrankheiten in größerer Zahl aufgetreten. Der Verlauf der Erkrankungen ist bis jetzt durchaus gutartig. Die meisten Erkrankten sind bereits wieder dienstfähig. Die bakteriologischen Untersuchungen auf Typhusbazillen sind negativ ausgefallen.

17 Arbeiter wegen Streikunruhen verurteilt.

Coburg, 18. Februar.

Wegen der Ausschreitungen, die im Januar vorigen Jahres gelegentlich des Streiks der Packer und Einbinder der Sonnenberger Spielwarenindustrie stattfanden, wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Hausfriedensbruches, Körperverletzung, Amtsbeleidigung usw. nach zweitägiger Verhandlung gegen 17 Angeklagte auf Gefängnisstrafe von 1 bis 8 Monaten erkannt. Ein Angeklagter wurde dem Schwurgericht überwiesen, ein anderer freigesprochen.

Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa" beschloß eine Dividende von 20 Prozent.

Bremen, 18. Februar.

In der heute stattgefundenen Aufsichtsratssitzung der deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa" wurde beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 20 Prozent wie im Vorjahr zur Verteilung zu bringen.

Flottenbau-Sorgen im englischen Unterhause.

London, 18. Februar.

Im Unterhause wurden heute Anfragen an Churchill gerichtet über die durch das Fehlen der drei angekündigten Dreadnoughts geschaffene Lage, ferner betreffs der durch Oesterreichs und Italiens Flottenbauprogramm im Mittelmeer sich ergebenden Stellung, und außerdem über die vergleichsweise Stärke der deutschen und britischen Flotte. Lord Churchill lehnte es ab, schon jetzt eine ausführliche Darlegung zu geben.

Zum ruthenischen Hochverratsprozeß.

Marmaros-Sziget, 18. Februar.

Der Staatsanwalt zog im Verlaufe des ruthenischen Hochverratsprozesses die Anklage gegen 31 Beschuldigte zurück, nachdem das Zeugenverhör deren Schuldlosigkeit dargetan hatte.

Die Jacht des Präsidenten in den mexikanischen Gewässern.

Washington, 18. Februar.

Die Jacht des Präsidenten „Mayflower" ist nach Veracruz entsandt worden, um eines der in den mexikanischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe abzulösen.

Auszeichnungen. Aus Berlin, 18. Februar, wird gemeldet: Dem Reichsgerichtsrat a. D. Schneider in Leipzig ist der Rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen worden, dem Ministerialrat im bayrischen Ministerium des Innern Dr. v. Preger der Kronenorden zweiter Klasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140219017/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206,75, Diskonto 199,62, Deutsche Bank 260,12, Türkenlose 169, Lombarden 22,50, Kanada 216,37, Laurahütte 165,25, Bochumer Guss 226,50, Gelsenkirchen 195,25, Harpener 188,50, Deutsch-Luxemburg 144,62, Phönix 244,25, A.E.-G. 250,12, Hamburger Paketfahrt 143,62, Nordd. Lloyd 126,37, Hansa 294,37. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkte notierten höher: Terrain Nordost 2, Deutsche Schachtbau-Ges. 3, Kappel Maschinen 2,75, Kirchner & Co. 4,50, Schwartzkopff 2, Silesia Eisen 2, Deutsche Waffenfabrik 3, Karl Lindström 2, C. D. Magirus 3, Mühle Rüningen 5,50, Wicking Zement 2, Brown, Boveri & Co. 2, Berl. Jutespinnerei 2, Teutonia Zement 2,25, „Mark" Zement 2, Schwanebeck Zement 2, Tittel & Krüger 2,50, Ver. Glanzstoff-Fabrik 5,50, Anilinfabrik Treptow 4, Badische Anilin 3, Elberfelder Farben 2, Griesheim Elektron 3, Höchster Farben 2,50, Arenberg Bergwerk 4,50, Bismarckhütte 2, Konsolidation 2,50, Thale St.-Pr. 2,25, Harkort Bergwerk 3,50, Niederl. Kohlen 7, Braunschweiger Kohlen 2, Wickrath Leder 6, Zechau-Kriebitzsch 4, Wenderoth 2; niedriger: 3½proz. Konsols 0,05, Adler Fahrrad 2, Bruchsal Masch. 2, Dresdner Gasmotoren 3, Egestorff Masch. 2, Leipziger Werkzeug 2, Köhlmann Stärke 4,50, Deutsche Asphalt-Gesellsch. 4,75, Deutsche Gasglühlicht 4, Lüneburger Wachsbleiche 3,60, Zimmermann Piano 2,75, Akkumulatorenfabrik 4,75, Girmes & Co. 2,75, Konkordia Bergbau 3, Hösch 3, Dürkopp 4, Adler & Oppenheimer 2.

Zum Kurszettel. Berlin, 18. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,80 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,00 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96,80 b. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 3% Kameruner Eisenbahn-Anleihe — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 92,25 b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,70G. 4% Darmstadt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 95,30 B. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,60G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1913 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 94,80 G. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,90 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. L/17 102,00 B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 05, 09 99,00 b. Vereinigte Lausitzer Glashütten 385,00bG.

Londoner Börse vom 18. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 70 11/16, Rio Tinto 71,62, Geduld 1,34, Goldfields 2 3/32, Steel com 97,50, Steel preis. —.—, Rand Mines 6,95, Anaconda 7,31, Eastrand 1,06, Chartered 1,00, Aurora West 0,63, Cinderella Cons. 0,31, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3,56, Albus (Generals) 0,65, Rand Collieres 0,18, West Rand Consols 9/0, General Mining & Fin 11/16, A. Görz & Co. 17/32, Modderfontain 12,25.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 18. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	8600	8800	Johannashall	3100	3200
Bergmannssegen	5850	6000	Justus-Aktien	84%	86%
Burbach	10400	10700	Kaiseroda	6400	6500
Buttlar	500	650	Krügershall	113%	116%
Carlslund	4800	4750	Mariaglück	1450	1500
Carlsglück	550	650	Max	3550	3650
Fallersleben	1150	1250	Neusollstedt	3225	3350
Felsenfest	2930	3025	Neustassfurt	9700	10000
Glückauf	17400	18000	Reichenhall	1250	1350
Günthershall	4600	4800	Ransbach	1900	2000
Hansa-Silberberg	5000	5200	Ronnenberg	94%	97%
Hedwig	1300	1350	Rothenberg	2350	2450
Heilgemühle	800	875	Salzdetfurth	331%	336%
Heiligenroda	9700	9850	Salzmünde	5200	5300
Heldburg	39%	41%	Teutonia	59%	62%
Heldrungen	925	975	Thüringen	3350	3450
Herta-Neurungen	2000	2250	Walter	1375	1450
Hohenfels	4350	4450	Wendland	—	—
Hohenzollern	—	—	Wilhelmshall	7800	8100
Hugo	8100	8300	Wintershall	17500	18200
Hüpstedt	2600	2700			

Hallesche Maschinenfabrik und Eisengiesserei A.-G. in Halle. In der gestern stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrates der Hallescher Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Halle, wurde beschlossen, der am Freitag, den 13. März 1914 abzuhaltenden Generalversammlung der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1913 eine Dividende von 28 Proz. (gegen 30 Proz. im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

Die Maschinenfabrik Luther in Braunschweig erhielt von der Antwerpener Stadtverwaltung nach öffentlicher Verdingung einen Auftrag auf vier schwimmende Getreide-Elevatoren zum Preise von 1 696 000 Fr. Die gleiche Firma hat für Antwerpen bereits sechs Elevatoren geliefert.

Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte vorm. Paul Reuss. Die Verwaltung teilt folgendes mit: „In den letzten Tagen erschien eine Notiz in den Zeitungen, die allem Anschein nach dem Berichte der Handelskammer Nordhausen entnommen ist. Hierzu bemerken wir, dass unsere Inventur- und Abschlussarbeiten noch nicht beendet sind, so dass sich das Resultat des Abschlusses noch nicht übersehen lässt; mit der Ausschüttung einer Dividende wird jedoch nicht zu rechnen sein."

Der Verband deustcher Tapetenfabrikanten ist um ein Jahr verlängert worden. Dem Verband gehören jetzt rund 30 Fabriken an, während die Zahl der Aussenseiter 25 beträgt. In der Generalversammlung erfuhr auch das Verhältnis zwischen Fabrikanten und Händlern Regelung. Der Geschäftsgang in der Tapeten-Industrie wird mit Rücksicht auf die unbefriedigende Lage des Baumarktes als nicht sonderlich günstig bezeichnet.

Die Gewerkschaft Waidmannsheil hat das Salzbergwerk Waidmannsheil in zwei selbständige Bergwerke geteilt, und zwar in das Salzbergwerk Waidmannsheil bei Bischoferode mit einem Flächeninhalt von 9 251 900 qm, und in das Salzbergwerk Holungen bei Holungen mit einem Flächeninhalt von 10 537 473 Quadratmeter.

Bei der Elektrizitäts-Akt.-Ges. Lahmeyer, die im vorigen Jahr die Dividende von 5 auf 6 Proz. erhöhte, ist diesmal eine weitere Dividendenerhöhung zu erwarten, die Börsenschätzung von 7½ Proz. ist aber zu hoch.

Magdeburger Strassen-Eisenbahngesellschaft. In der Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschlossen, der auf den 6. März anberaumten Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 9½ Proz. (wie im Vorjahre) vorzuschlagen.

Die Verkaufsvereinigung Hannoverscher Portland-Zementfabriken, Abteilung Hannover-Westfalen G. m. b. H. hat unter selbstschuldnerischer Bürgschaft der neu vereinigten Zementfabriken der hannoverschen Gruppe mit einem Bankenkonsortium eine in 10 Jahren zu Pari rückzahlbare 5prozentige Anleihe von 2 Millionen Mark abgeschlossen.

Die Kohlengewerkschaft Hohenstein in Koburg hat Konkurs angemeldet.

Porzellanfabrik Kahla Akt.-Ges. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1913 einen baren Gewinn von 3 051 512 (2 885 674) Mk. Demgegenüber erforderten Unkosten usw. 891 270 (865 672) Mk. Zu Abschreibungen sollen 309 722 (278 233) Mk. verwendet werden. Der Reingewinn beträgt 1 499 578 (1 446 916) Mk., woraus wieder 22½ Proz. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital verteilt werden. Zum Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 468 996 (519 286) Mk. Es ist in Aussicht genommen, diesen Gewinnvortrag zur Deckung der Kosten für im Interesse des weiteren Gedeihens des Unternehmens erforderliche Neu- und Umbauten zu verwenden, ohne dadurch eine Belastung der Gesellschaft herbeizuführen. Die Neubauten in Kahla und Hermsdorf wurden in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres voll in Betrieb genommen. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr lasse sich Näheres noch nicht sagen. Für die nächsten Monate ist die Gesellschaft mit Aufträgen reichlich versehen.

Ermässigung der Zwischendecksrate Hamburg—New York. Die Hamburg—Amerika-Linie hat die Rate im Zwischendecksverkehr Hamburg—New York neuerdings um 10 Mk. ermässigt.

Preisermässigung für Silber. Die Silberkonvention hat den Preis für feines Silber um 1 Mk. auf 72 Mk. und für silberne Ketten um denselben Satz auf 75 Mk. pro Kilogramm ermässigt.

Neueröffnete Konkurse. Fa. Gilowy & Schultze, Berlin. Ingenieur Paul Bartholdy, Charlottenburg. Charlottenburger Kreditverein und Sparkasse e. G. m. b. H., Charlottenburg. Fa. W. Gaydoul & Co., Gronau. Fa. Engelhart & Co., Bamberg. Kaufmann H. Hagedorn †, Beckum. Fa. R. Voelcker Witwe & Söhne, Bischweiler. Kolonialwarenhändler H. Mahlberg, Köln. Fa. R. Bulle & Co., Dortmund. H. Thalheim G. m. b. H., Dresden. Schlosser Wilh. Boilmann, Brüggen. Schuhwarenhandlung Jakob Zucker, Durlach. Händler H. Klees jun., Elberfeld. Handelsmann Karl Jantke, Fürstenberg. Hanseatische Bank Akt.-Ges., Hamburg. Kürschnermeister Max Teichert, Johannisburg. Kaufmann R. Bürger, Landsberg. Spezialarzt Dr. H. M. O. Brandt, Gautzsch. Kaufmann Karl Kohler, Neustadt i. B. Tischlermeister R. B. Pelz, Reuth. Werkmeister P. W. Liesen, Rheydt. Fa. Markus Mayer, Seligenstadt. Kaufmann Ferdinand Fiehl, Trier. Kaufmann und Apotheker K. Gerhardt, Wattenschmidt. Frau Amtsgerichtssekretär Auguste Ernst, Zoppot.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 18. Februar. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 165,00—163,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 152,00 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburrischer komm., preussischer, posenscher und schlesischer 156 167—162, mittel 153—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. 169.00—172.00. Donau mix. 160.00—163.00, runder 147—151 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—146, gute 147.00—156.00, russische und Donau leichte 133—136, schwere 137.00—146.00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—168, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 24.75—27.00. Roggenmehl 0 und 1 13.70—21.50. Weizenkleie 10.80—11.10. Roggenkleie 10.00—10.60. Lupinen, blaue — —, gelbe — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Hamburg, 18. Februar. (Getreidemarkt). Weizen ruhig ostholsteiner und mecklenburger 187—194,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 155—159.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Dez.-Jan. 115 50. Gerste fest, südruss. cif. Jan. 110.50. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 156—162. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —. La Plata cif, neue Ernte April-Mai 164.00.

Budapest, 18. Februar. Weizen, Tendenz schwach, per April 12.15 Mai 12.05, Oktbr. 11.04 Roggen, Tendenz schwach, per April 9,25. Oktbr. 8.63. Hafer, Tendenz schwach, per April 7.74. Oktbr. 7,76. Mais, Tendenz schwach, per Mai 6.72 Juli 6.66. Raps, Tendenz ruhig, August 15.70

Antwerpen, 18. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt per Februar 6.37½, März 6.35, April 6.33, Mai 6.32½, Juni 6.30. Umsatz 150 000 kg. Tendenz: ruhig

Liverpool, 18. Febr. Stetig Roter Winterweizen per März 7—4 1/8, per Mai 7—3¾. Mais träge. La Plata, alte Ernte, März 4—16⅞, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—7½.

Zucker.

Magdeburg, 18. Februar. Abend-Kurse. Februar 9.32½, März 9.37½. April 9.42½. Mai 9.62½. August 9,75, Oktbr.-Dezbr. 9,62½. Tendenz ruhig.

Hamburg, 18. Februar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	9.35	9.32½	9.35 M.
„ März	9.37½	9.37½	9.37½ „
„ April	9.42½	9.42½	9.42½ „
„ Mai	9.55	9.52½	9.52½ „
„ August	9.77½	9.75	9.75 „
„ Okt.-Dez.	9.65	9.65	9.65 „
	ruhig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 18 Februar. Gode average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	49.75 G.	50.00 G.	50.00 G.
„ Mai	50.50 G.	5..75 G.	50.75 G.
„ September	52.00 G.	52 00 G.	52.00 G.
„ Dezember	52.50 G.	52.50 G.	52.75 G.
	stetig	stetig	behpt.

Havre, 18. Februar. Kaffee good average Santos per März 61.75, per Mai 62 25, per Sept. 63.25. Dez. 63.75. Ruhig.

Rio de Janeiro, 18. Februar. Kaffee-Zufuhren 6000 Sack in Rio, 10000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 18. Februar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.50—19.00. Still.

Spiritus.

Nordhausen, 18. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 18. Februar. Rüböl per loko 69.50, per Mai 67.00.

Hamburg, 18. Febr. Stadtschmalz 33,00, amerikan. Steam 53.75, Chamberlain 55,00. Tendenz stetig.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 18. Febr. Städt. Schlachtviehmarkt. (Amtl. Bericht Es standen zum Verkauf: 280 Rinder (152 Bullen, 38 Ochsen, 90 Kühe u. Färsen) 2258 Kälber, 795 Schafe, 17352 Schweine. Kälber: a) Doppelender feiner Mast 99—105 (129—150), b) feinst Mast-(Voll-Mast) u. beste Saugkälber 64—67 (107—112), c) mittlere Mast- und gute Saugkälber 58—62 (97—103), d) geringe Saugkälber 38—48 (69—87). Schafe: Mastlämmer u. jüngere Masthammel — — (— —), ältere Masthammel — — (— —), mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — — (bis —). Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. — — (— —), b) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 3 Ztr. 48—50 (60—62), c) vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2½ Ztr. 49—49 (60—61), d) fleischige Schweine 46—48 (58—60), e) gering entwickelte Schweine 45—46 (56—58), f) Sauen 46—47 (58—59).

Marktverlauf: Der kleine Rinderauftrieb war nicht ganz abzusetzen. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war bis auf wenige Stücke auszuverkaufen. Der Schweinemarkt verlief ruhig.

Heu, Stroh usw.

Halle 14. Febr. (Bericht über Heu und Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal). Preise für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier. Die Partienpreise sind fett, die Fuhrenpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Handdr.) 2.50 (2.75). Maschinenstroh für Papierfabr. 1.10, Weizenstroh 1.05 zu Streuzwecken 1.50 (1.65), Breitdrusch 1,75 — —. Wiesenheu, hiesiges oder Thüringer, beste Sorten 4.00 (4.25), gute fremde Sorten 3.50 (3.90—4.00). Kleeheu, erster Schnitt, beste Sorten 4.25 (4.75), minderwertige Sorten —,—. Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad. frei Bahn hier 1.10, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1.65. Häcksel, gesund u. trocken bei Partien frei Bahn hier 1.60, im einzelnen v. Lager hier 2.00 M.

Chemische Produkte.

Hamburg, 18. Febr. Chilisalpeter per loko 10.27½, Febr März 10.27½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

Wolle.

Bremen, 18. Februar. Baumwolle Upl. loko middl. 64.00.

Liverpool, 18. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 9.09.

Liverpool, 18. Februar. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 5000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 4000 Ballen.

Alexandria, 18. Februar. Aegyptische Baumwolle per März 17.22, Mai 17.30, Novbr. 18.34.

Metalle.

London, 18. Febr. Chili-Kupfer, träge, 65, 3 Mon. 65⅝, Zinn, Straits, träge 179, 3 Mon. 180½, Blei span., ruhig 19⅝, engl. 19⅞, Zink, gew. Marke, ruhig 21 7/16, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	18. 2.	17. 2.		18. 2.	17. 2.
Weizen p. Mai	102¼	102½	Roggen loko	—	—
„ „ Juli	97⅜	97⅝	Schmalz p. Mai	10.92	10.92
Mais loko	69⅛	69⅛	„ „ Juli	11.10	11.12
Mehl Spring cl.	3.90	3.90	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	94⅜	94¾	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	89⅜	89½	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	66	66⅝	Kaffee loko	9⅜	9⅜
„ „ Juli	65¼	65⅝	„ p. Februar	8.98	9.06
Hafer p. Mai	39⅞	40	„ p. April	9.11	9.20
„ „ Juli	39⅜	39⅞			

Tendenz: Weizen willig, Mais willig.

Schiffsnachrichten

Norddeutscher Lloyd in Bremen.
(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)
Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 14. bis 21. Februar:

Ab Bremerhaven: Princess Alice 18. Febr. nach Ostasien. Giessen 18. Febr. nach dem Laplata über Brasilien. Gancion 18. Febr. nach Australien. Brandenburg 19. Febr. nach Galveston über Philadelphia. Scharnhorst 21. Febr. nach New York. Würzburg 21. Febr. nach Brasilien. — Ab New York: Prinzess Irene 15. Febr. nach Genua über Algier und Neapel. — Ab Venedig: Schleswig 15. Febr. nach Alexandrien. — Ab New York: Prinz Friedrich Wilhelm 17. Febr. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab Buenos Aires: Coburg 17. Febr. nach Bremen über Brasilien. — Ab New Orleans: Köln 18. Febr. nach Bremen. — Ab Marseille: Prinzregent Luitpold 18. Febr. nach Alexandrien über Neapel. — Ab Alexandrien: Prinz Heinrich 18. Febr. nach Marseille über Neapel. — Ab Genua: Berlin 19. Febr. nach New York über Neapel, Palermo und Gibraltar. — Ab New York: Kronprinzessin Cecilie 21. Febr. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab Alexandrien: Schleswig 21. Febr. nach Venedig.

Neueste Dampferbewegungen:

Kronprinzessin Cecilie 11. Februar von Cherbourg. Cassel 12. Febr. von Bremerhaven. Frankfurt 13. Febr. von Bremerhaven. Arcturus 12. Febr. in Antwerpen. Erlangen 12. Febr. St. Vincent passiert. Aachen 12. Febr. Dover passiert. Sierra Cordoba 12. Febr. von Rio de Janeiro. Sierra Salvada 12. Febr. von Lissabon. Friedrich der Grosse 12. Febr. in Colombo. Roon 12. Febr. in Antwerpen. Posen 12. Febr. Dover passiert. Derfflinger 11. Febr. in Tsingtau. Kleist 13. Febr. in Singapore. Mark 12. Febr. von Shanghai. Sigmaringen 13. Febr. in Antwerpen. Wittekind 11. Febr. von Galveston. Gotha 13. Febr. in Antwerpen. Altair 11. Febr. von Santos. Sierra Ventana 12. Febr. in Bremerhaven. Königin Luise 12. Februar in Bremerhaven. Schlesien 13. Febr. in Bremerhaven. Schwaben 12. Febr. Gibraltar passiert. Pommern 13. Febr. von Brisbane. Bülow 13. Febr. von Antwerpen. Lützow 12. Febr. von Port Said. Goeben 11. Febr. in Tsingtau. Prinz Ludwig 12. Febr. von Penang. Berlin 12. Febr. in Genua. Prinzess Irene 11. Febr. in New York. Prinz Heinrich 11. Febr. von Marseille. Schleswig 11. Febr. in Venedig. Grosser Kurfürst 12. Febr. von New York.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern			17. Febr.	+1,16	18. Febr. +1,18	—	2
Nebra, Oberpegel			„	+2,22	„ +2,28	—	6
„ Unterpegel			„	+1,70	„ +1,78	—	8
Weissenfels, Oberpegel			„	+2,84	„ +2,98	—	14
„ Unterpegel			„	+1,86	„ +2,32	—	46
Trotha	17.	„	+2,30	18.	„ +3,36	—	106
Alsleben, Oberpegel	16.	„	+2,42	17.	„ +2,56	—	14
Unterpegel		„	+1,46		„ +1,98	—	52
Bernburg		„	+1,28		„ +2,30	—	102
Calbe, Oberpegel		„	+1,66		„ +1,94	—	28
„ Unterpegel		„	+1,12		„ +1,90	—	78

Iser, Eger, Elbe, Moldau.

	Februar	Fall	Wuchs		Februar	Fall	Wuchs
Jungbunzel.	17. —0,03	—		Wittenberg	18. +1,47	—	19
Leun	„ +0,47	—	42	Rosslau	„ +0,98	—	25
Budweis	„ —0,10	—	4	Barby	„ +1,59	—	41
Prag	„ +0,08	—	36	Schönebeck	„ +1,38	—	29
Pardubitz	17. —0,48	1	—	Magdeburg	„ +1,06	—	16
Brandeis	„ +0,99	—	10	Tangermde.	„ +1,61	—	10
Melnik	„ —0,34	—	16	Wittenberge	„ +1,38	—	4
Leitmeritz	18. +1,05	—	24	Dömitz	17. +0,54	—	4
Aussig	„ +1,00	—	23	Boizenburg	„ +0,81	—	—
Dresden	„ —1,44	—	2	Hohnstorf	18. +0,94	—	2
Torgau	„ + —	—	—	Lauenburg	„ +0,92	—	2

Aussig, 18. Februar. Pegelstand +1.00 m. Vom Oberlauf werden 1.40 m Wuchs gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an **die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.**

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140219017/fragment/page=0005

Berliner Börse, 18. Febr. 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 1. Jan. | 4 1. Apr. | 7 1. Juli | O 1. Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | g 15.3.9. | k 15.6.12. | Q1 quartaliter 1.1.4.7.10. — 2 1. Fbr. | 5 1. Mai | 8 1. Aug. | N 1. Nov. | b 1.2.8. | e 1.5.11. | h 15.4.10. | l 1.6.12. | Q2 do. 1.2.5.8.11. — 3 1. Mrz. | 6 1. Juni | 9 1. Spt. | D 1. Dez. | c 1.3.9. | f 1.6.12. | i 15.5.11. | v versch. | Q3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1.70, 1 Kr.: 0.85, — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1.70. — 1 M. Banco: 1.50. — 1 Kr.: 1.12½. — 1 Rbl.: 2.16 — 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3%

Nachdruck verboten.

Zechau Krb.	1	3	91.75b
Zeitzer Msch	7	20	293.50bG
Zellstoff Ver.	7	0	75.00bG
do. -Waldhof	1	15	226.50bG

Wechsel

Amst.-Rtt.	8 T.	5	169.30b
do.	2 M.	5	168.10G
Brüss. u. A	8 T.	4	80.675bG
Kopenhg.	8 T.	5	112.35bB
London	vista	3	20.44bG
do.	8 T.	3	20.415G
do.	3 M.	3	20.32b
Madr. u. B	14 T.	4½	76.35bB
Neuyork	vista	—	4.205B
Paris	vista	—	81.25b
do.	8 T.	3½	81.30bB
do.	2 M.	3½	80.65G
Wien	8 T.	4½	85.10b
do.	2 M.	4½	83.90G
Schweiz	8 T.	4	81.10B
Stockholm	10 T.	4½	112.40B
Ital. Plätze	10 T.	5½	80.75B
Petersb.	8 T.	6	214.90G
Warschau	8 T.	6	84.95bB

Gold, Silber, Banknoten

Sovereigns p. Stück	20.425b
20-Frank-Stücke	16.29b
N. Russ. Gold p. 100 R	215.75b
Amerik. Noten	4.20b
do. do. kleine	4.20b
do. Kup. zb N.-Y.	—.—
Belgische Noten	80.75b
Engl. Banknoten 1 L	20.435b
Franz. Bankn. 100 Fr.	81.20b
Holland. Banknoten	169.45b
Italienische Noten	80.90b
Norwegische Noten	112.35G
Oest. Noten 100 Kr.	85.15G
Russ. Noten 100 Rb.	216.10b
do. Zoll-Kup. kl.	324.20bG
Schwedische Noten	112.40b
Schweiz. Not. 100 Fr.	81.20b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140219017/fragment/page=0006